INTERNATIONALE PRESSE-KORRESPONDENZ

Nr. 165
25. Oktober

3. Jahrgang
1923.

Zentralversand: Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III. Briefadresse Wilhelm Bartz, Berlin SW 48, Friedrichstraße 225 III für Inprekorr. Telegramm-Adresse: Inprekorr. Telephon: Lützow Nr. 1956, 1957 und Nollendorf Nr. 2883

INHALT

Die Probleme der deutschen Revolution. Von Sinowjew 1403

Deutschland
Zur politischen Lage in Deutschland. Von Höllein . 1405
Die Kommunistischen Parteien der Tschechoslowakei und der Schweiz für die deutsche Revolution . . . 1407
Die französische Delegation auf der Internationalen Bauernkonferenz für die deutschen Arbeiter und Bauern 1408

Arbeiterbewegung.
Die gegenwärtige Rolle des ADGB. in Deutschland. Von Enderle 1408
Die Stellung der KPF. zum Kongreß der CGTU. (Schluß.) 1410

Jugendbewegung.
Die Kommunistische Jugend Rußlands und die Rote Armee. Von Schatzkin 1410

Faschismus.
Wie besiegt man den Faschismus? Von Treint . . 1411

Arbeiterhilfe
Die Internationale Arbeiterhilfe und die Japan-Hilfsaktion. Von Münzenberg 1412

Aus der Internationale.
Die Rote Bauern-Internationale. Von Dombal . . 1413

Aufrufe.
Die Erste Internationale Bauernkonferenz an die schaffenden Bauern aller Länder 1414

Die Probleme der deutschen Revolution.

Die Arbeiterklasse, die Kommunisten, die Sozialdemokraten.

Von G. Sinowjew.

** Die Arbeiterklasse bildet in Deutschland zahlenmäßig die ausschlaggebende Macht. Das deutsche Proletariat hält das Schicksal seines Landes in eigener Hand. Warum aber ist die Macht bis jetzt in den Händen der deutschen Bourgeoisie geblieben?

Im Jahre 1918/19 folgte Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg nur eine Minderheit der deutschen Arbeiter. Auf dem entgegenstehenden Pole folgte wiederum nur die Minderheit der deutschen Arbeiter dem Bluthund Noske. Die Hauptmasse, der Kern des deutschen Proletariats, schwankt. Dieser Kern — die Masse der Arbeiter überhaupt — suchte friedliche Wege. Jene „mittlere" Masse, die schließlich den Gang des Kampfes bestimmte, wollte zu jener Zeit keinen Bürgerkrieg, sie fürchtete die Revolution, sie rechnete damit, auf legalem Wege — durch die Gewerkschaften, durch das allgemeine Wahlrecht, durch die Sozialdemokratische Partei — langsam, aber sicher ihre Lage zu verbessern, und sich ein Stück Brot und Arbeit zu sichern.

Die deutsche Sozialdemokratie stützte sich auf diese Stimmung der Durchschnittsarbeiter und brachte es fertig, mit Schlauheit und List die erste deutsche Revolution zu töten und der deutschen Bourgeoisie den Sieg zu sichern. Wir dürfen nicht vergessen, daß die deutsche Sozialdemokratie im Jahre 1919 den Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte einberief, und daß es ihr auf diesem Kongreß gelang, einen Beschluß auf Auflösung der Sowjets und auf die Uebergabe der Macht an die Nationalversammlung annehmen zu lassen.

Die Spartakisten, die Avantgarde der Arbeiter, waren im Jahre 1919 an Zahl noch sehr schwach. In den Jahren 1918/19 genossen die Spartakisten große Achtung bei den Arbeitern. Viele Durchschnittsarbeiter erkannten den Mut und die große Treue der spartakistischen Minderheit der Sache der Arbeiterschaft gegenüber stillschweigend an, denn diese fingen die grausamsten Schläge der Gegenrevolution mit ihrer Brust auf und verteidigten gradlinig die Interessen der gesamten Arbeiterklasse. Aber wenn man den Spartakisten auch die Achtung zollte, die ihnen gebührte, **so folgte man ihnen trotzdem nicht.** Der Kern der Arbeiterklasse betrachtete die kühnen Spartakusleute nicht ohne Sympathie. Wenn es jedoch zum Handeln kam, unterstützten sie die Sozialdemokraten.

Diese Stimmung der Hauptmasse der deutschen Arbeiter, die fieberhaft nach friedlichen Auswegen suchte und den Bürgerkrieg ganz besonders scheute, verstand die Sozialdemokratie auszunutzen, und sie sicherte der deutschen Bourgeoisie eine vier Jahre lange Atempause, von 1919 bis 1923.

Im März des Jahres 1921 warf sich die spartakistische Avantgarde der Arbeiterklasse aufs neue in den Kampf. Die kommunistische Avantgarde versuchte, die Hauptmasse der Arbeiterklasse durch sich allein zu ersetzen, jene Hauptmasse, die sich zu jener Zeit unter dem fast uneingeschränkten Einfluß der Sozialdemokratie befand und von dieser mit gegenrevolutionären, süßlichen und sinnlosen Wiegenliedern und Hoffnungen eingelullt wurde. Und wieder sahen bedeutende Schichten der deutschen Arbeiter nicht ohne Sympathie auf die waghalsigen Revolutionäre, die abermals die Schläge der Gegenrevolution auffingen. Aber wiederum blieben diese Tapferen ohne Unterstützung durch die Hauptmasse der Arbeiter. Die Avantgarde, die sich zu früh erhoben hatte, wurde geschlagen.

Die ganze Frage der Gegenwart läuft darauf hinaus, ob es der deutschen Sozialdemokratie jetzt wieder gelingen wird, wenn auch nur auf kurze Zeit, die deutsche Bourgeoisie zu retten. Alle Gründe sprechen dafür, daß ihr das jetzt nicht mehr gelingen wird.

Die Lehre ist nicht umsonst gewesen.

Mit Hilfe des III. Weltkongresses der Komintern, konnte die deutsche Kommunistische Partei Irrtümer der Vergangenheit richtig einschätzen. Die Frage des Aufstandes, des sofortigen Kampfes um die Macht, wurde im Jahre 1921 beiseite geschoben, und kurz entschlossen stellte man sich eine andere Aufgabe: **Die Eroberung der Mehrheit der Arbeiter.**

Inwiefern ist diese Aufgabe heute erfüllt? Folgt die Mehrzahl der Arbeiter jetzt schon den Kommunisten? Auf wessen Seite sind die Sympathien des Hauptkerns des deutschen Proletariats? Welchen Einfluß hat die gegenrevolutionäre Sozialdemokratie noch unter der deutschen Arbeiterklasse? Welcher Art muß unser Verhältnis jetzt zur Sozialdemokratie im allgemeinen und zu ihrem sogenannten „linken" Flügel im besonderen sein?

Es besteht kein Zweifel darüber, daß die Taktik der Einheitsfront gerade in Deutschland großen Erfolg gehabt hat, daß die deutsche Kommunistische Partei sie richtig angewandt hat, daß die Zweifel, die bei einigen „linken" Kommu-

nisten bestanden und noch bestehen, unberechtigt waren. Denn das ganze Wesen der Taktik der Einheitsfront besteht in dem Zweck, **auch die rückständigeren Arbeiterschichten in den Kampf hineinzuziehen, die Mittelschichten und das Hintertreffen dem Vordertreffen anzunähern.** Wenn man also der Taktik der Einheitsfront vorwirft, daß sie sich in vielen Dingen gerade nach diesen Arbeiterschichten orientiert, so beweist man dadurch eine absolute Verständnislosigkeit für das eigentliche Wesen dieser Taktik.

Die deutsche Kommunistische Partei hat die ihr vom III. Weltkongreß gestellte Aufgabe gelöst. Oder sie ist zum mindestens von dieser Lösung nicht mehr weit entfernt. Die deutschen Kommunisten haben die Betriebsrätebewegung erobert, die, wie wir weiterhin sehen werden, im gegenwärtigen Deutschland in hohem Grade die Rolle unserer vorrevolutionären russischen Arbeiterräte (Sowjets) spielen. In mehr als 2000 Städten Deutschlands, in den bedeutendsten Industriezentren, steht die Betriebsrätebewegung ausschließlich unter dem Einfluß der KPD.

In den Gewerkschaften hat die KPD. große Eroberungen zu verzeichnen. Sie hat die Leitung des Gewerkschaftsapparates noch nicht in ihre Hand bekommen, und sie wird sie wahrscheinlich auch bis zum Siege der proletarischen Revolution nicht bekommen. Die Aufgabe, die Leitung den Gewerkschaftbürokraten zu entreißen, ist wohl nicht minder schwierig als die andere Aufgabe, der Bourgeoisie die politische Macht zu entreißen. Aber am Tage nach der proletarischen Umwälzung wird man sich oft mit denselben Methoden der Gewerkschaften **bemächtigen müssen,** mit denen man sich der Staatseinrichtungen oder der Betriebe und Fabriken bemächtigt. In den **untersten** Schichten der Gewerkschaftsorganisationen haben sich die deutschen Kommunisten bereits jetzt gewaltigen Einfluß erkämpft.

Die Mitgliederzahl der KPD. ist in stetem Ansteigen begriffen. Nicht nur die Avantgarde der Arbeiterklasse, sondern auch ihre große Menge — jene Arbeitermasse, die im Jahre 1919 der deutschen Sozialdemokratie zum Siege verhalf —, wendet sich nun immer mehr und mehr den Kommunisten zu. Die Arbeiterklasse an sich, das heißt nicht nur ihr organisierter Teil, sondern auch die vielmillionenköpfige Masse, neigt immer mehr und mehr dazu, gerade der KPD. die politische Leitung zu übertragen. Während des großen Auguststreikes (1923), der die Regierung Cuno stürzte, befand sich die politische Leitung der Bewegung bereits bei den Kommunisten. In der Streikleitung, die die Bewegung der Berliner Arbeiter führte (es streikten gegen 800 000 Arbeiter), gehörte die überwiegende Mehrheit der KPD. an. Der Vorsitzende war ein Kommunist, von 24 Mitgliedern waren 17 Kommunisten, die übrigen — linke Sozialdemokraten und „Unabhängige", die aber auch auf Vorschlag der Kommunisten gewählt worden waren und rückhaltlos mit uns gingen. In einem anderen ausschlaggebenden Zentrum Deutschlands, in Hamburg, bestand die Streikleitung aus 5 Kommunisten, 2 linken Sozialdemokraten und einem revolutionären Syndikalisten. Fast überall war das Kräfteverhältnis ebenso. Sogar in solchen Städten, wo die kommunistische Organisation bis zum Auguststreik zahlenmäßig ganz schwach war, drängten die Arbeitermassen die politische Leitung des Auguststreiks dieser kleinen Kommunistenorganisation geradezu auf. „Die Kommunisten sind die einzige Partei, die im Reichsmaßstab die Bewegung leitet; darum müßt ihr auch in unserer Stadt die Führung übernehmen", erklärten Hunderttausende parteiloser Arbeiter.

Handelt es sich nun um eine **dauerhafte und gesicherte** Mehrheit? Vielleicht kann man das noch nicht behaupten. Aber es steht außer Zweifel, daß es **dazu kommen wird,** und zwar in allernächster Zeit. Noch ist die Stimmung veränderlich und nicht stabil. Die Stimmung von Millionen von Arbeitern ist überhaupt nichts ein für allemal Gegebenes. Ein Teil der Arbeiter überlegt noch, er ist mit einem Fuß bereits im Lager der Kommunisten, während er mit dem anderen noch im Lager der Sozialdemokratie steht. Während einer Uebergangszeit ist das unvermeidlich. Es wäre lächerlich, als Vorbedingung des Erfolges fordern zu wollen, daß alle Arbeiter bis auf den letzten Mann zuerst mehrmals der Kommunistischen Partei Treue schwören sollen. **Im Laufe des Kampfes** selbst wird die im Entstehen begriffene Mehrheit sich endgültig bilden und fest hinter den Kommunisten stehen.

Und die deutsche Sozialdemokratie? Sie hat bereits jetzt augenscheinlich über die Hälfte ihrer Mitglieder verloren. Wie Beobachter mitteilen, gehören die Arbeiter in ihren Reihen hauptsächlich zu den **„gesetzteren"** Leuten. Sie stellen das weniger aktive Element dar, es sind Menschen, die infolge langjähriger Tradition die Verbindung mit der Sozialdemokratie aufrecht erhalten haben, und es fällt ihnen schwer, mit ihr zu brechen. Die Blüte der Arbeiterschaft verläßt die Reihen der deutschen Sozialdemokratie. Unter jenen 600 000 bis 700 000 Parteimitgliedern, die der Sozialdemokratie noch geblieben sind, entfällt kein geringer Teil auf die Kleinbourgeoisie, die Mitläufer. Und unter jenen Arbeitern, die noch in den Reihen der deutschen Sozialdemokratie geblieben sind, gehört eine bedeutende Anzahl innerlich bereits zu den Kommunisten. Wir stellten das schon vor einem halben Jahr fest, aber jetzt ist es mehr als klar. Wenn auf illegalen Betriebsrätekongressen in Stuttgart, Berlin und in Dutzenden anderer Städte, Hunderte von Arbeitern, die formell noch Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei sind, mit den Kommunisten gegen ihre eigenen sozialdemokratischen Führer konspirieren, so ist das der beste Beweis dafür, daß diese Arbeiter sich wohl aus Tradition noch immer Sozialdemokraten nennen, in Wirklichkeit aber bereits **unsere** Genossen sind. Wenn viele Tausende von sozialdemokratischen Arbeitern gemeinsam mit kommunistischen Arbeitern gegen den Willen der Führer ihrer eigenen Partei zusammen mit uns proletarische Hundertschaften — den Keim der roten Garde — bilden, wenn Hunderttausende von Arbeitern, die zur SPD. „zählen", gemeinsam mit uns unter Leitung unserer Kommunistischen Partei **gegen** den Beschluß der SPD. den politischen Streik erklären, so beweist das, daß die Zeit nicht mehr fern ist, wo ein bedeutender Teil der sozialdemokratischen Arbeiter endgültig mit den gegenrevolutionären Führern brechen und rückhaltslos den Kommunisten folgen wird.

Die gegenwärtige Uebergangsperiode ist uns russischen Kommunisten noch aus jener Zeit wohl bekannt, wo bedeutende Schichten von menschewistischen und sozialrevolutionären Arbeitern fortführen, sich zu ihren Parteien zu „zählen", in Wirklichkeit aber von uns Gewehre empfingen und sich mit uns aufmachten, die Koalitionsregierung zu stürzen. Die SPD. steht am Vorabend jener Zeit, die seinerzeit die „mächtigste" Partei in Rußland, die „Sozialrevolutionäre", vor unseren Augen durchgemacht hat. Vor den Augen der Arbeiter der ganzen Welt stürzt krachend das einstmals so stolze Gebäude der millionenköpfigen deutschen Sozialdemokratie zusammen, die während einer ganzen Epoche das politische Schicksal Deutschlands bestimmte. Der einfältige Exminister Hilferding hat alle Ursache, an den Flüssen Babylons zu weinen . . .

Und die Meinungsverschiedenheit und die beginnende Spaltung zwischen der rechten und „linken" Sozialdemokratie — wie hat man diese einzuschätzen?

Es ist möglich, daß die „linken" Sozialdemokraten zeitweilig in der Geschichte der deutschen Revolution beispielsweise dieselbe Rolle spielen werden, die bei uns in Rußland die linken Sozialrevolutionäre gespielt haben, d. h. sie werden ein kleines Stückchen Wegs mit der Revolution gehen, um nachher wieder ins Lager der Gegenrevolution zu geraten. Im Jahre 1917-18 konnte es anfangs erscheinen, als ob in Rußland zwischen den rechten und den „linken" Sozialrevolutionären Wunder was für ein großer politischer Unterschied bestand. Im Jahre 1923 sieht jeder objektive Beobachter, daß die „linken" und rechten Sozialrevolutionäre — zum mindesten, wenn es sich um die führenden Schichten handelt — bloß verschiedene Schichten der gleich haltlosen und gegenrevolutionären Kleinbourgeoisie waren.

Die ganze oder fast die ganze jetzige Führergruppe der „linken" Sozialdemokratie in Deutschland ist uns längst bekannt; diese alten Bekannten haben die deutschen Arbeiter im entscheidenden Augenblick mehr als einmal verraten, und sie werden das deutsche Proletariat noch viele Male verraten. Als Symptom hat das Auftauchen einer „linken" Strömung in der SPD. natürlich ungeheure Bedeutung. Wie in einem Zerrspiegel zeigt die „linke" SPD. das Wachsen der revolutionären Stimmung unter den breitesten Massen des deutschen Proletariats auf. Aber das ist nur ein Symptom. Wenn die sogenannten „linken" Führer der SPD. im Ernst eine selbständige politische Rolle spielen wollten, so könnte das für die deutsche Revolution ungeheure Gefahren erzeugen und zu einem direkten Unglück für sie werden. Sobald diese Herrschaften in eine revolutionäre Regierung eintreten, werden sie sicher im entscheidenden Augenblick den Versuch machen, die revolutionäre Regierung in einen Diskutierklub zu verwandeln. Sie würden in jedem Augenblick, wo eiserne Diktatur und stählerne Entschlossenheit not tun, sich der revolutionären Regierung wie Bremsklötze ans Bein hängen. Eine allzu große „Unterstützung" seitens der linken" SPD. könnte für die proletarische Revolution geradezu verhängnisvoll werden.

Das soll nicht heißen, daß die Kommunisten im gegenwärtigen Entwicklungsstadium jede Vereinbarung mit der linken Sozialdemokratie ablehnen sollen. Einige Arbeiterschichten folgen ihr jetzt noch. Die linke Sozialdemokratie ist

eine der letzten Illusionen einer bedeutenden Schicht deutscher Arbeiter. Eine der wichtigsten Voraussetzungen des Erfolges weiterer entscheidender Aktionen der Kommunisten besteht darin, diesen Schichten zu helfen, sich von diesen Illusionen zu befreien. Möge der deutsche Arbeiter sich bald an einem letzten Beispiel überzeugen, daß sogar die sogenannte „linke" Sozialdemokratie den entscheidenden Kampf gegen die Bourgeoisie weder führen will noch führen wird. Die Führer der „linken" Sozialdemokratie ,all diese Crispiene und Rosenfelds, werden selber alles dazu tun, um sich in den Augen der Arbeiter möglichst schnell und möglichst gründlich zu kompromittieren. Und wir können ihnen dabei behilflich sein. Das Verhalten dieses, mit Verlaub zu sagen linken Flügels in der SPD.-Reichstagsfraktion hat in der letzten Zeit (Abstimmung über Erweiterung der Vollmachten der halb-faschistischen Regierung Stresemann) deutlich genug die Haltlosigkeit und die gegenrevolutionäre Niederträchtigkeit der „linken" Führer der deutschen Sozialdemokratie bewiesen. Die Stunde ist nahe, wo die ungeheure Mehrheit der deutschen Arbeiter, die gegenwärtig noch einige Hoffnung auf die „linke" SPD. setzt, sich endgültig davon überzeugen wird, daß der Entscheidungskampf **ohne und gegen** die rechte, wie die linke SPD. geführt werden muß.

Der Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung verfolgt ein doppeltes Ziel. Erstens soll der revolutionären Avantgarde Sachsens geholfen werden, festen Fuß zu fassen, ein bestimmtes Gebiet zu besetzen und Sachsen zum Ausgangspunkt fernerer Schlachten zu machen. Zweitens soll der linken SPD. die Möglichkeit geboten werden, sich durch **Taten** auszuweisen und dadurch den sozialdemokratischen Arbeitern die Ueberwindung der letzten Illusion zu erleichtern. Der natürlich mit Einwilligung der Komintern von der KPD. in Sachsen unternommene Versuch **birgt große Gefahren** in sich. Darüber muß man sich klar sein. Es würde jedoch von politischer Kleinmütigkeit zeugen, wenn man das Risiko nicht halten würde, das beim Eintritt der Kommunisten in die sächsische Regierung besteht. Aber es wäre auch ein Beweis kindlicher Einfalt, wenn man jene ungeheuren politischen Gefahren nicht sehen würde, mit denen dieser Eintritt verbunden ist.

Bereits vor der endgültigen Fertigbildung der Arbeiterregierung begannen die „linken" sächsischen Sozialdemokraten diese sächsische Arbeiterregierung zu sabotieren. Die deutschen Kommunisten, die eine Gruppe ihrer besten Arbeiter in die sächsische Regierung gesandt haben, werden auf der Hut sein. Sie werden unter **keinen Umständen** den deutschen „linken" Sozialdemokraten gestatten, ihre Politik des Schwankens durchzuführen und auf Kosten des Ansehens der KPD. die proletarische Revolution zu sabotieren. Der Eintritt der deutschen Kommunisten in die sächsische Regierung hat **nur dann Sinn**, wenn er die sichere Garantie dafür bietet, daß der Apparat der Staatsmacht **tatsächlich der Arbeiterklasse zu dienen beginnt**, daß Hunderttausende von Arbeitern zum Kampf gegen den bayerischen und alldeutschen Faschismus bewaffnet werden, daß nicht nur in Worten, sondern in der Tat eine Massenaustreibung der bürgerlichen Beamten aus dem Staatsapparat beginnt, wo sie sich zum Teil noch als Erbstücke aus Wilhelms Zeiten vorfinden und daß weiter unverzüglich wirtschaftliche Maßnahmen revolutionären Charakters durchgeführt werden, die die Bourgeoisie in entscheidender Weise treffen.

Wenn es der gegenwärtigen sächsischen Regierung tatsächlich gelingen wird, Sachsen in ein rotes Land zu verwandeln, das, wenn auch nur bis zu einem gewissen Grade, zum Konzentrationspunkt aller revolutionären Kräfte des Landes werden kann, dann wird das revolutionäre deutsche Proletariat das sächsische Experiment verstehen und unterstützen. Sollte das aber nicht der Fall sein, so müssen die deutschen Kommunisten die ganze sächsische Episode dazu benützen, wieder und wieder den Arbeitermassen anschaulich die ganze Charakterlosigkeit der „linken" SPD.- und die gegenrevolutionäre Niederträchtigkeit der SPD.-Führer vorzudemonstrieren. Die „Einheitsfront" zur Vertuschung der revolutionären Aufgaben lehnen wir ab.

Summa: Die deutsche Sozialdemokratie bildet nicht mehr die Achse des politischen Lebens — der Schwerpunkt ist in die deutsche KPD. verlegt. Die deutschen Kommunisten haben die Mehrheit des viele Millionen zählenden deutschen Proletariats bereits für sich erobert oder sind von dieser Eroberung nicht mehr weit entfernt. Die Hauptaufgabe der KPD. besteht darin, durch ihre **Taten** der Mehrheit der deutschen Arbeiterschaft die Ueberzeugung beizubringen, daß die KPD. — anders als in den Jahren 1919/21 — jetzt nicht nur die Avantgarde, sondern die ganze Millionenmasse der Arbeiter mit sich führt. Vor allem aber muß den Arbeitermassen die Ueberzeugung beigebracht werden, daß jetzt die Führung der Arbeiterklasse durch die KPD. tatsächlich den Sieg sichert.

Deutschland

Zur politischen Lage in Deutschland.

Von Emil Höllein.

Der Presse bereits im Sonderdruck zugestellt.

Berlin, 24. Oktober 1923.

** Der Schlußsatz unserer letzten Nachricht über die Lage in Deutschland gipfelte in der Feststellung der Empfindung, daß uns vielleicht nur noch wenige Stunden von entscheidenden Ereignissen trennen. Diese Empfindung hat sich inzwischen noch weiter vertieft und verstärkt. Der Geist des 9. November geht um in Deutschland. Aber nicht in der kriegsmüden, pazifistischen Gestalt von 1918, sondern reisig, angriffsbereit, von unbändigem Umgestaltungswillen beseelt.

Der Bau des Reiches ist der stärksten Belastungsprobe ausgesetzt. Der Reichszertrümmerungswille des französischen Imperialismus nagt gleich einer Meereswelle zäh und ununterbrochen an seinen Grundfesten. Der mit französischem Gold aufgepäppelte und von der Schwerindustrie begönnerte rheinische Separatismus setzt seine feilen Söldnerbanden zum Generalputsch an. Zur selben Zeit enthüllt der deutsche Nationalismus sein wahres Gesicht: In Bayern sprengt er bewußt und mit teuflischem Raffinement die Reichseinheit, während die von der nationalen Lüge lebenden Rechtsparteiler den bajuvarischen Reichszertrümmerern offen sekundieren. Und Hand in Hand mit den inneren und äußeren Reichsverderbern bereitet die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung Stresemann die systematische Niederschlagung des deutschen Proletariats, der einzigen und wirklich reichserhaltenden Kraft in Deutschland, im blutigen Bürgerkriege vor.

Die heute bis zum Bersten gespannte Lage in Deutschland erheischt einen kurzen historischen Rückblick. Wie hat sie sich entwickelt? Welche Klassenkräfte bedingen sie? Welches wird ihr Ausgang sein?

Die Abdankung der Sozialdemokratie als Klassenkampfpartei im August 1914 führte zwangsläufig auch zur Entmannung der deutschen Revolution. Die Sozialdemokratie verband sich mit der Bourgeoisie gegen das sozialismusheischende Proletariat. Sie rettete die Herrschaft des Kapitals, indem sie die revolutionären Kämpfer blutig niederschlug und die Arbeitermassen fesselte und verwirrte. So verlor die Arbeiterklasse Machtposten auf Machtposten an die Bourgeoisie, wurde immer mehr in die Verteidigung gedrängt und steht heute buchstäblich vor der Entscheidung, entweder kämpfend das Letzte zu wagen oder kampflos sich selbst, ihrer Zukunft und dem Reich das Grab zu bereiten.

Aber trotz aller verheerenden Wirkungen des sozialdemokratischen Opiums lebte in den Massen der Wille zum Leben, zum Kampf und zum Siege als glimmender Funke fort. Jeder wirklich scharfe Windstoß der Reaktion entfachte ihn wieder zur hellen, lodernden, angriffsbereiten Flamme: Der Kapp-Putsch, der Erzberger-Mord, die Ermordung Rathenaus, der Sturz des Kabinetts Cuno waren lebendige Beweise für die trotz aller kunstvoll betriebenen Lähmung noch vorhandene urwüchsige Widerstandskraft und Kampflust der Massen. Aber immer wieder verstand es die sozialdemokratische Partei- und Gewerkschaftsbürokratie, im Verein mit den Machtmitteln des Klassenstaates, das edle Feuer des Auflehnungswillens der Massen zu dämpfen, in stumpfe Resignation, in gleichgültiges Geschehenlassen zu verwandeln. Die hohen revolutionären Wogen anläßlich des Kapp-Verbrechens wurden mit dem hinterlistigen Bielefelder Abkommen geglättet und schließlich ganz zum Abebben gebracht. Die durch den Erzberger- und Rathenau-Mord geweckten ungestümen Offensivkräfte der Massen verstand man durch ebenso radikale wie innerlich verlogene Versprechungen zum Versanden zu bringen. Und die letzte große Kraftanstrengung der zum revolutionären Handeln entschlossenen Arbeitermassen im August d. J., die zum Sturz der Cuno-Regierung führte, mündete schließlich in den Abmarsch der Sozialdemokratie in das letzte Rettungsboot der Bourgeoisie, in die Große Koalition.

Und der Erfolg dieser ununterbrochen fortgeführten sozialdemokratischen Politik des Zurück- und Ausweichens vor jedem Entscheidungskampf mit der ständig wachsenden politischen und wirtschaftlichen Reaktion? Im Kapp-Putsch wurde in Bayern der sozialdemokratischen Mitregierungstätigkeit durch den trockenen Staatsstreich des Reichswehrgenerals Möhl ein jähes Ende bereitet. Seitdem herrscht dort ununschränkt die schwärzeste Reaktion, der offenkundigste weiße Terror. Bayern wurde die Zufluchtsstätte, der Sammelpunkt, der Schutzhort, das Aufmarschgebiet und das Bollwerk der gesamtdeutschen Gegenrevolution. In Bayern sprossen die weißen Kampfverbände wie Pilze aus der Erde hervor. Sie formierten und bewaffneten sich

unter den Augen und mit offener Unterstützung der Landesregierung. Sie suchten und fanden materielle und moralische Rückendeckung beim französischen Imperialismus. Sie terrorisierten die ganze Bevölkerung, proklamierten den Kampf gegen den „Marxismus" und kündigten fortgesetzt und immer drohender der „marxistisch verseuchten" Reichsgewalt, besonders aber Sachsen und Thüringen, den Vernichtungskrieg an. Die aufeinanderfolgenden Reichsregierungen aber sahen der Reichszertrümmerungsarbeit ruhig zu; sie waren zu feige, dagegen einzuschreiten, sie schwiegen zu allem und jedem, ja sie täuschten geflissentlich das Volk über den fortgesetzten bayerischen Terror und Hoch- und Landesverrat. Am 26. September, dem Tage der Verhängung des bayerischen Belagerungszustandes, begann der offene Angriff gegen das Reich. Die bayerische Landesregierung dankte freiwillig ab in die Hände des Putschisten von Kahr. Die Gegenmaßnahmen des Reichspräsidenten wurden offen verhöhnt und mißachtet. Der Reichswehrgeneral von Lossow lief mit fliegenden Fahnen zur bayerischen Fronde über und meuterte offen gegen seine Vorgesetzten. Die bayerische Regierung deckt und stützt ihn und vollzieht rücksichtslos den Bruch mit dem Reich. Die Stresemann-Regierung klagt und jammert, aber unterwirft sich dennoch der bayerischen Diktatur. Sie hat Angst vor den waffenstarrenden weißen Kampfverbänden, aber sympathisiert zugleich offen mit dem Niederwerfungsprogramm der bayerischen Fronde gegen die deutsche Arbeiterklasse. So wurde Bayern zum Bollwerk der deutschen Reaktion, die zum Schlage ausholt gegen das übrige Deutschland, um es auf legalem Wege der bayerischen Faschistendiktatur zu unterwerfen.

Auch im übrigen Deutschland endete der Kapp-Putsch dank der sozialdemokratischen Klassenharmoniepolitik mit der Knebelung des siegreichen Proletariats. Zum Dank dafür, daß sie die Republik gerettet hatte, wurde mit Hilfe der Sozialdemokratie eine radikale Entwaffungsaktion gegen die Arbeiterklasse durchgeführt, während die Putschisten gleichzeitig ihre Rüstungen verdoppelten und verdreifachten.

Seitdem steuert der Weg der Bourgeoisie mit offener Unterstützung der rechten Führer der Sozialdemokratie Schritt für Schritt dem Ziele der Reaktion, der wirtschaftlichen und politischen Versklavung des Proletariats und der Mittelschichten zu. Und zwar trotz allen gelegentlichen elementaren Aufbäumens des Kampfwillens der breitesten Arbeitermassen. Der grimme Massenzorn anläßlich des Erzberger- und Rathenau-Mordes brachte nicht nur keine befreiende Tat, sondern in der Folge nur noch eine engere Liierung der Sozialdemokratie mit dem Bürgertum. Die Reaktion stürzte den Kanzler Dr. Wirth und hob den Reichsverderber Cuno auf den Thron. Neun Monate lang konnte der innere Lug und Trug des Ruhrkrieges, seine ausschließliche Finanzierung durch die Notenpresse auf alleinige Kosten der Aermsten der Armen und seine ungeheuerliche Korruption unter stillschweigender Zustimmung der rechten Sozialdemokratie zum Himmel stinken. Es bedurfte des ehernen Faustschlages der bis aufs Blut gepeinigten verhungernden Arbeitermassen, um dem Skandal ein Ende zu bereiten. Das Kabinett Cuno mußte unter dem Druck des Massenzornes abtreten.

Aber was kam nach ihm? Etwa eine proletarische Regierung als Vollstreckerin des Massenwillens? Im Gegenteil! Die Große Koalition, das Bündnis der Sozialdemokratie mit der Stinnes-Partei. Die Stresemann-Hilferding-Regierung, das Kabinett der bedingungslosen Kapitulation vor Poincaré, das Kabinett der glatten Unterwerfung unter das Stinnes-Programm. Der Reaktion schwillt der Kamm. Sie will die ganze Macht. Sie schreit nach nationaler Diktatur. Das faschistische Bayern soll ihr den Weg ebnen. Es proklamiert den Ausnahmezustand, um den Vormarsch auf Sachsen, Thüringen und Berlin ungehindert vorbereiten zu können. Der Reichspräsident will den Schlag parieren, indem er den Reichsausnahmezustand proklamiert. Aber Kahr-Bayern pfeift auf Reich und Reichsregierung. Am 1. Oktober schlagen die rechtsradikalen Putschisten in Küstrin los. Stinnes und Helfferich verlangen die offene Durchführung der Großkapitals-Forderungen. Die Sozialdemokratie will sie aber nur heimlich und stückweise verwirklichen. Das wird schroff abgelehnt. Die Stresemann-Hilferding-Regierung fliegt auf. Die offene Bourgeoisdiktatur steht vor der Tür. Die gemeinsame Angst der Koalitionshelden vor dem Bürgerkrieg leimt nach tagelangem Hängen und Würgen die Große Koalition wieder zusammen. Doch der Jude Hilferding bleibt als Ministerleiche auf der Strecke, und die Sozialdemokratie schluckt pudelgehorsam das Ermächtigungsgesetz zur fast unbeschränkten bürgerlichen Diktatur. Achtstundentag, Demobilmachungsvorschriften, Sozialpolitik, Erwerbslosenfürsorge, Zwangswirtschaft werden durch einen Federstrich beseitigt. Die revolutionäre Opposition im Proletariat wird systematisch geknebelt und niedergeschlagen: Zeitungsunterdrückungen, Auflösungsdekrete gegen die Betriebsräteorganisationen und proletarischen Hundertschaften, Versammlungsverbote, Polizeiprovokationen und Massenverhaftungen jagen einander. Gegen Sachsen und Thüringen, die, von dem bayerischen Faschismus unmittelbar bedroht, sozialdemokratisch-kommunistische Abwehrkampfregierungen bilden, wird eine wüste Hetze inszeniert, um die bewaffnete Reichsexekution vorzubereiten. Während man vor Bayern, das die Reichsverfassung täglich und stündlich mit Füßen tritt, schmachvoll kapituliert, setzt man starke, durch massenhafte Einstellung von Weißgardisten verstärkte Reichswehrformationen nach Sachsen und Thüringen in Marsch, um die niemals bedrohte „Ordnung" und die nirgends verletzten „verfassungsmäßigen Zustände" wiederherzustellen.

Der Zweck der Uebung ist sonnenklar. Die Koalitionsdiktatur verfolgt gleichzeitig zwei verschiedene Wege zur Erreichung der Versklavung der Arbeiterklasse: der eine ist der Versuch, auf „legalem" Wege zur erträumten Rechtsdiktatur zu kommen, der andere der Ausweg der offenen Militärdiktatur über einen bewaffneten Vorstoß von Bayern gegen Berlin. Beide Wege haben zur Vorbedingung die Wehrlosmachung, Fesselung und Niederschlagung des sächsisch-thüringischen Proletariats. Und diese Vorbedingung sucht die Stresemann-Regierung so rasch wie möglich zu verwirklichen. Daher die beschleunigte Konzentration der Reichswehr in Sachsen. Daher die von Dr. Zeigner am 23. Oktober im Landtag enthüllte amtliche schriftliche Lüge eines Reichsministers, die Verlegung der Reichswehrtruppen nach Sachsen bezwecke lediglich dessen Schutz vor dem Einmarsch bayerischer Rechtsradikaler, während gleichzeitig der General Gallifet-Müller der sächsischen Regierung offiziell ankündigt, er sei von der Reichsregierung beauftragt, die verfassungsmäßigen Zustände wieder herzustellen. Daher die offenkundigen Provokationen der Arbeiter, die in verschiedenen Städten Sachsens bereits zu blutigen Zusammenstößen mit der Reichswehr geführt haben.

Auf alle Fälle lehrt der Augenschein, daß das Proletariat Sachsens, Thüringens und Mitteldeutschlands auf das schwerste, ja geradezu tödlich bedroht ist, und daß der ungeheure Druck dieser Bedrohung jeden Augenblick eine elementare Entladung der schwersten Kämpfe auslösen kann. Von der Ausschreitung und Verallgemeinerung dieser Kämpfe wird aber Sieg oder Niederlage der deutschen Revolution abhängen.

Die ständig zunehmende Verelendung hat in der breitesten Masse der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Intellektuellen und Kleingewerbetreibenden eine ungeheure Erregung und Spannung ausgelöst, die fortschreitend weiter wächst, die Massen radikalisiert, ihren Kampfwillen steigert und sie für gewaltsame Ausbrüche prädisponiert. Die Kommunistische Partei hat in der langen, nunmehr abgeschlossenen Niedergangsperiode der revolutionären Willenskraft des Gesamtproletariats ständig an Kraft, Ansehen, Vertrauen und Sympathien nicht nur in den Kreisen der Arbeiterschaft, sondern auch in den vom völligen Untergang bedrohten Mittelschichten gewonnen. Man sagt nicht zuviel, wenn man behauptet, daß heute viele Millionen von bisher nichtsozialistischen Werktätigen in ihr noch den einzig möglichen Rettungsanker sehen.

Das gilt auch im besonderen Maße für die Massen der sozialistischen Arbeiter. In ihnen wächst Kampfwille und Kampflust. Sie drängen stürmisch auf gemeinsames Vorgehen mit den Kommunisten. Sie führen einen scharfen Kampf gegen die rechten Führer, die sich mit der Aufrichtung der offenen Bourgeoisiediktatur bereits abgefunden haben und sich der Hoffnung hingeben, man werde sie wie in Ungarn, in Italien und zuletzt wiederum in Bulgarien mit an der Niederwerfung der rebellischen Proletarier beteiligen. Dieser Kampfwille der Massen hat trotz aller bürokratischen Manöver der rechten Bonzen am letzten Sonntag in Berlin zur Absetzung des alten Bezirkvorstandes und seiner Ersetzung durch linksstehende Führer geführt.

Allein diese linken Führer sind nach wie vor noch starken inneren Hemmungen unterworfen. Sie schwanken noch immerfort zwischen dem übermächtigen Druck von unten, der nach Kampf drängt, und der Angst vor entscheidendem Handeln. Sie begnügen sich immer noch mit bloßen ideologischen Wortkämpfen innerhalb der Parteiorganisationen, ohne gleichzeitig praktische Kampfvorbereitungen zu treffen. Dadurch stärken sie bewußt und unbewußt die planmäßige Sabotagepolitik der rechten Führer, sie hemmen den Kampfeswillen der Massen und arbeiten so praktisch dem legalen Sieg der Rechtsdiktatur in die Hände. Die nächsten Tage werden sie aber klar vor die Entscheidung stellen, ob sie mit den Massen gegen die Konterrevolution oder mit der Konterrevolution gegen das kämpfende Proletariat stehen werden.

Denn objektiv steht die Lage so: In allen Schichten der werktätigen Bevölkerung herrscht das Gefühl, daß es so nicht mehr weitergehen kann. Alle ahnen, alle ersehnen eine Explosion der Massenkräfte, die die unerträgliche Spannung lösen soll. Der Kampfwille in den Massen wächst. Ihr Kraftbewußtsein stärkt sie stündlich an der rastlos steigenden Elendsflut, dem Ausrottungswillen der Bourgeoisie und dem Hochgefühl der ihnen immer zahlreicher zufliegenden Sympathien aus anderen Schichten.

Sie erkennen klar die Unentrinnbarkeit ihrer Versklavung und ihres Unterganges, wenn sie sich nicht bald zum Handeln aufraffen und die legale Rechtsdiktatur durch ihren Kampf verhindern. Die Alternative: entweder kampflos sklavisch das schlimmste zu erdulden oder kämpfend zu siegen oder wenigstens ehrenvoll zugrundezugehen, läßt sie nicht mehr los und drängt sie auf die Bahn des Kampfes, des Willens zum Sieg. Die Riesenzahl des Proletariats in Deutschland, seine organisatorischen Fähigkeiten, seine militärische Schulung im jahrelangen Weltkrieg, seine militärischen Vorbereitungen und seine Bravour, die sich in den bewaffneten Zusammenstößen der letzten Tage mit Polizei- und Reichswehrkräften erkennen lassen, sind ebenso viele Aktivposten in der Bilanz der kommenden revolutionären Entscheidungskämpfe. Und zwar trotz der starken Bewaffnung der weißgardistischen Formationen, die sich zum erheblichen Teile aus bramarbasierenden Etappenhelden zusammensetzen. Denn letzten Endes ist für Sieg oder Niederlage nicht bloß entscheidend der Besitz toter Waffen, sondern der Geist, der die Kämpfenden beseelt. Und auf der Seite der Reaktion herrscht der engstirnige Geist des Herrenmenschentums, des Gamaschendrills, der Ausbeutung, während auf der Seite des Proletariats der himmelstürmende Geist der sozialen Ideale der Menschheitsbefreiung aus Kapitalsjoch die Herzen anspannt und beflügelt.

In Hamburg, Kiel, Bremen und im Unterwesergebiet schrillt die Sturmglocke. In Mitteldeutschland stehen Hunderttausende Braunkohlenbergsklaven im erbitterten Lohnkampf, der jeden Augenblick zu spontanen revolutionären Erhebungen aufflammen kann. In Sachsen und Thüringen kann eine neue Provokation der bayerischen Faschisten oder der Reichswehrführer die Lunte ins Pulverfaß schleudern. In allen Gauen Deutschlands herrscht die beängstigende Schwüle des aufgezogenen Gewitters. Der luftreinigende, zündende Blitz kann jeden Augenblick niederfahren.

Die Kommunistischen Parteien der Tschechoslowakei u. der Schweiz für die deutsche Revolution.

** Unter dem Titel „Es lebe die deutsche Revolution!“ erließ die Reichskonferenz der KP. der Tschechoslowakei einen Aufruf an die Werktätigen der Tschechoslowakei sowie an die Mitgliedschaft der KPTsch., der von der tschechoslowakischen Zensur mit sehr starken Zensurlücken versehen worden ist. Einige wichtige Stellen aus dem Aufruf geben wir nachfolgend wieder:

„Die Ereignisse in Deutschland sind für die Arbeiterbewegung von der größten Bedeutung. Ihr Ausgang bestimmt auf Jahre hinaus das Schicksal der sozialen Revolution in der ganzen Welt. Von neuem wenden wir uns an alle Arbeiter, Kleinbauern und Angehörigen des Mittelstandes in der Tschechoslowakei, um ihnen den Ernst der Lage zum Bewußtsein zu bringen und sie aufzufordern, auch für ihre politischen Verhältnisse und für die Tätigkeit der Partei die entsprechenden Folgerungen daraus zu ziehen.

Bisher war die deutsche Frage ein Kampf zwischen der deutschen und Entente-Bourgeoisie um den Versailler Vertrag. Die deutsche Bourgeoisie glaubte, durch die Sabotage seiner Durchführung den Vertrag selbst zerreißen zu können. Dieser Widerstand der deutschen Bourgeoisie ist zusammengebrochen. Die deutschen Kapitalisten haben vor Poincaré kapituliert. Diese Kapitulation bedeutet, daß die deutsche Bourgeoisie den Weg des Bündnisses mit der französischen Bourgeoisie zur Niederwerfung des deutschen Proletariats beschritten hat, um dieses zur Zahlung der Kosten des Weltkrieges, des Wiederaufbaues und der Nachkriegspolitik zu zwingen. Der Pakt ist geschlossen, und die Differenzen betreffen nur noch den Grad der Vorherrschaft der französischen Bourgeoisie um die Verteilung des Gewinnes, der aus gesteigerter Ausbeutung der deutschen Arbeiter und aus der Vereinigung der lothringer Erz- und Ruhrkohle in der Hand eines einzigen Trusts gezogen werden soll. Stresemann verhandelt mit Poincaré, die deutschen Kapitalisten mit Stinnes an der Spitze verhandeln mit den französischen Generalen und die rheinischen Separatisten stehen gleich den bayrischen Hakenkreuzlern in innigem Kontakt sowohl mit Stinnes und den deutschen Kapitalisten, als auch mit den Vertretern und Agenten der französischen Regierung.

Alle haben das eine gemeinsame Ziel: die Niederwerfung der deutschen Arbeiterklasse, ihre Verwandlung in die Kulis Europas. Ob sie das auf dem Wege der Wiederherstellung der Monarchie, der Aufrichtung einer faschistischen Diktatur oder mit anderen Mitteln erreichen wollen, ist nur eine Frage der zweckmäßigsten taktischen Form dieser Diktatur der Hungerpeitsche und Maschinengewehre. Gegen diese internationale Verschwörung der Ausbeuter links und rechts des Rheins erhebt sich heute das deutsche Proletariat. Es stellt dem Bestreben der deutschen Kapitalisten, ihm die Lasten der Reparation aufzubürden, die Forderung entgegen, daß die deutschen Kapitalisten die Reparationen bezahlen sollen. Keine Regierung, in der die Vertreter der deutschen Bourgeoisie sitzen, kann diese Forderung erfüllen, weil die deutsche **Bourgeoisie nicht zahlen will.** Deshalb stellt das deutsche Proletariat dem Streben der deutschen Bourgeoisie nach der verhüllten oder unverhüllten Diktatur der Kapitalisten die Forderung nach der **deutschen Arbeiter- und Bauernregierung** entgegen. Darum geht heute der Kampf in Deutschland.

Die Tschechoslowakei ist geographisch und wirtschaftlich der allernächste Nachbar Deutschlands. In der Stunde des entscheidenden Kampfes und besonders nach dem Siege der deutschen Revolution wird der ganze starke und mächtige Einfluß des Finanzkapitals im Innern des Staates geltend gemacht werden, um die tschechoslowakische Regierung im Sinne einer Intervention zur Niederwerfung der deutschen Revolution und zum Sturz der deutschen Arbeiter- und Bauernregierung zu bearbeiten. In demselben Sinne werden die reaktionären militärischen Kreise tätig sein. Vor allem aber wird die führende Macht der internationalen kapitalistischen Reaktion, die Regierung Frankreichs, einen starken Druck in diesem Sinne auf die tschechoslowakische Regierung ausüben.

Allen arbeitenden Menschen der Tschechoslowakei, allen Arbeitern, Kleinbauern und Kleinbürgern, ohne Unterschied der Partei- und Organisationszugehörigkeit, müssen wir die Augen darüber öffnen, daß der Kampf der deutschen Arbeiterklasse ein Kampf gegen die Kapitalisten und die Großgrundbesitzer ist. Die deutsche Arbeiterklasse will die vollständige Ruinierung der deutschen Wirtschaft durch die Profitgier dieser Klasse verhindern. Sie will die Kapitalisten und Großgrundbesitzer zur Zahlung der Reparationen zwingen, das von fremdem Militär besetzte Gebiet befreien und sein Wirtschaftsleben wieder herstellen. Der Kampf der deutschen Arbeiter ist nicht gegen die durch den Versailler Frieden geschaffene staatliche Ordnung in Europa gerichtet, sondern darauf, die Deutschland aufgebürdeten materiellen Lasten des Versailler Vertrages auf die Schultern der deutschen Kapitalisten abzuwälzen. Die deutsche Revolution bedeutet **in keiner Weise eine Gefährdung der staatlichen Selbstständigkeit der kleinen Nationen, denn die deutsche Revolution steht ebenso wie die russische auf dem Standpunkt des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.**

Es besteht also für die Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger der Tschechoslowakei nicht der geringste Grund auch nur zu dem leisesten Mißtrauen und den kleinsten Befürchtungen gegenüber der deutschen Revolution. Und es besteht daher für die Tschechoslowakei, deren Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit aus Arbeitern, Kleinbauern und Kleinbürgern besteht, nicht die geringste Ursache, unter irgend einem Vorwande den deutschen Kapitalisten in ihrem Kampfe gegen die deutsche Arbeiterklasse zu Hilfe zu kommen. Die tschechoslowakische Republik hat aber ein gewaltiges Interesse daran, daß der Frieden erhalten bleibt. Die Intervention gegen die deutsche Revolution würde den Krieg bedeuten. Darum kann es für die Arbeiter, Kleinbauern und Kleinbürger der Tschechoslowakei angesichts der deutschen Revolution nur eine Forderung geben:

Keinerlei Intervention gegen die deutsche Revolution!

Herstellung eines freundschaftlich-nachbarlichen Verhältnisses zu jeder deutschen Arbeiterregierung. Aufrechterhaltung der Handelsbeziehungen auch mit einem proletarischen Deutschland.

Unsere Genossen, alle Angehörigen und Organisationen der KPTsch. aber fordern wir auf, sofort die breiteste Agitation und Aktion zu entfalten, damit es in der Tschechoslowakei keinen Arbeiter, Kleinbauern oder Kleinbürger gibt, der nicht über den Sinn der deutschen Revolution und unsere aktive Verpflichtung ihr gegenüber informiert wäre. Arbeitet den lügenhaften Nachrichten der kapitalistischen und konterrevolutionären Presse entgegen, damit ihnen niemand glaube. Befolgt genau alle von der Zentrale der Partei ausgegebenen Anordnungen und handelt nach ihnen!

Es lebe die deutsche Revolution!

Es lebe die internationale revolutionäre Solidarität des Proletariats!

*

** Die Zentrale der Kommunistischen Partei der Schweiz erließ an die Arbeiterschaft der Schweiz einen Aufruf, aus dem wir folgende Stellen wiedergeben:

Arbeiter, Genossen!

Deutschland steht vor dem Bürgerkrieg. Die Vorpostengefechte sind bereits im Gange. Jeder Tag bringt eine weitere Zuspitzung der Verhältnisse. Schon künden lokale Kämpfe die kommenden Ereignisse an. Im Süden wie im Norden, im Osten und Westen hat bereits das Blut der Arbeiter, die im Teilkampf ihre nackte Existenz verteidigten, die Straßen rot gefärbt.

Die bürgerlich-demokratische Republik liegt in den letzten Zügen. Das Parlament hat selbst zugunsten einer bürger-

lichen Diktatur abgedankt. Die Regierung hat Generalvollmachten erhalten, Maßnahmen zu ergreifen und durchzuführen, die in letzter Stunde das Steuer des Schiffes herumwerfen, die kapitalistische Wirtschaft Deutschlands vor dem völligen Zerfall retten sollen. Diese Rettung soll auf dem Rücken der Arbeiterklasse erfolgen.

Fünf Jahre lang hat die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse unter Führung der Sozialdemokratischen Partei versucht, auf dem Wege und durch das Mittel der bürgerlichen Demokratie zum Sozialismus zu gelangen. Fünf Jahre lang wurde mit Hilfe und teilweise **unter Anleitung sozialdemokratischer Führer** jede revolutionäre Erhebung niedergeschlagen, in Strömen von Blut erstickt. Tausende von mutigen Klassenkämpfern wanderten in die Gefängnisse der Ebertinischen Republik. Hunderte schmachten heute noch dort und warten auf den Tag ihrer Befreiung. Fünf Jahre lang konnte die Konterrevolution unter dem Schutze der bürgerlichen Demokratie ihre Positionen ausbauen. Die Geschichte Deutschlands der letzten fünf Jahre ist mit dem Blute von Tausenden von Klassenkämpfern geschrieben. Immer und immer wieder hat die Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit den sozialdemokratischen Führern Glauben geschenkt, ist sie, gestützt auf deren Versprechungen, bei allen großen Kämpfen wieder in die Betriebe zurückgekehrt, ohne ihre Klassenziele erreicht zu haben. Sie ist dem Betrug der bürgerlich-demokratischen Phrasen immer und immer wieder zum Opfer gefallen. So beim Kapp-Putsch, bei der Ermordung von Erzberger und Rathenau. Immer hat sich die deutsche Arbeiterklasse für die bürgerlich-sozialdemokratische Republik geschlagen, diese vor dem Ansturm der monarchistischen Konterrevolution gerettet. Sie hat auch den Widerstand gegen die völlige Unterwerfung der deutschen Nation unter das Joch des französischen Imperialismus bis zum bitteren Ende durchgehalten.

Der Dank dieser Republik besteht in der Drohung der völligen Versklavung. Die deutsche Arbeiterklasse wird in ihrer Existenz sowohl von den eigenen Ausbeutern, wie auch von den Kapitalisten ganz Europas bedroht. Im Innern vollzieht sich der Aufmarsch der bewaffneten Konterrevolution, außen lauert die Gefahr der militärischen Intervention, wenn das deutsche Proletariat dazu übergeht, seine Fesseln zu sprengen und sein und des deutschen Volkes Schicksal selbst in die Hände zu nehmen.

Der Versklavung der deutschen Arbeiterklasse würde auch der Sieg der Konterrevolution in ganz Europa folgen. Eine Niederlage der herannahenden proletarischen Revolution in Deutschland wäre das Signal für die restlose Niederwerfung des gesamten europäischen Proletariats. Wenn die deutschen Arbeiter zu 10- und mehrstündiger Tagesarbeit gezwungen werden, so ist es überall **um den Achtstundentag geschehen.** Unter dem Drucke der deutschen Kulilöhne würden die Arbeiter in ganz Europa auf das tiefste Elendsniveau herabgedrückt. Dem weißen Terror würde nicht nur jede Sozialversicherung und Sozialgesetzgebung zum Opfer fallen, sondern auch alle Institutionen und Organisationen der Arbeiterklasse.

In diesem Moment ist es die heiligste Pflicht der Arbeiter aller Länder, ihren **Brüdern in Deutschland kampfbereit zur Seite zu stehen.** Wenn in den nächsten Tagen und Wochen das Proletariat Deutschlands gezwungen sein wird, zur Verteidigung seiner nackten Existenz, zur Niederwerfung der Konterrevolution in den bewaffneten Kampf um die wirtschaftliche und politische Macht einzutreten, so **muß die Arbeiterklasse aller Länder es verhindern, daß das Bürgertum ihres Landes ihre weißgardistischen Banden gegen das kämpfende deutsche Proletariat führen kann, sie muß verhindern, daß die Konterrevolution in Deutschland durch Waffenlieferungen unterstützt wird, sie muß auch im Falle des Sieges der Arbeiterklasse jede Blockade eines Rätedeutschland brechen und die Kapitalisten ihres Landes zur Anerkennung der proletarischen Macht zwingen.**

In diesem Kampfe müssen alle parteipolitischen Differenzen in den Hintergrund treten.

Jeder Tag kann uns die Nachricht von den entscheidenden Kämpfen bringen. Es ist darum keine Zeit mehr zu verlieren, wenn auch das klassenbewußte Proletariat unseres Landes seine internationalen Pflichten erfüllen will. Wir rufen die Arbeiter auf, sofort zu den Ereignissen in Deutschland Stellung zu nehmen. In allen Versammlungen der Parteien und Gewerkschaften muß die Lage in Deutschland, der dort bevorstehende Bürgerkrieg und die Aufgaben der schweizerischen Arbeiterschaft besprochen werden. An allen Orten müssen die Leitungen der proletarischen Parteien und Gewerkschaften zur Bildung von Aktionsausschüssen schreiten, die gemeinsame Aktionen vorzubereiten und durchzuführen haben.

Arbeiter, Genossen! Nun heißt es handeln! Jeder muß sich entscheiden! Kampf, entschlossener Kampf oder Sklaverei! Einen Mittelweg gibt es nicht. Im Kampf um die Erhaltung eurer eigenen Existenz und der Verteidigung der deutschen Revolution muß die Einheitsfront hergestellt werden.

Es lebe der revolutionäre Klassenkampf!

Die französische Delegation auf der Internationalen Bauernkonferenz für die deutschen Arbeiter u. Bauern.

** Die französische Delegation auf der Internationalen Bauernkonferenz, die bewegt ist von dem Gefühl der Solidarität, die alle werktätigen Bauern auf der Internationalen Bauernkonferenz beherrscht, stellt fest:

Alle Kriege zwischen bürgerlichen Staaten werden stets von den werktätigen Massen, von den Arbeitern und Bauern ausgefochten und haben ihre Ursache immer in den Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaft. Unter der Vorgabe, die durch den Krieg verursachten Schäden wieder gut machen zu wollen, sind die bürgerlichen Staaten lediglich bestrebt, ihren kapitalistischen Interessen zu dienen. Der Einbruch in das Ruhrgebiet, der sich in der Hauptsache auf den separatistischen und monarchistischen Führerelementen in den Rheinlanden und in Bayern stützt, soll es dem Kapitalismus ermöglichen, die revolutionäre Bewegung in Europa durch direktes Eingreifen zu vernichten.

Die Delegation fordert die französischen Bauern und Arbeiter auf, gegen diese Absichten aller kapitalistischen Ausbeuter den schärfsten Protest zu erheben und alle Versuche, die deutsche Arbeiter- und Bauernrevolution zu vernichten, unmöglich zu machen.

Die Delegation der französischen Bauern wird nach ihrer Heimkehr in Frankreich in Dorf und Stadt eine weitgehende Propaganda entfalten, um einen Arbeiter- und Bauernblock gegen den Krieg und gegen die imperialistischen Führer des französischen Kapitalismus herzustellen.

Arbeiterbewegung

Die gegenwärtige Rolle des ADGB. in Deutschland.

Von A. Enderle (Berlin)

** Der Kampf zwischen Kapital und Arbeit um die politische Macht ist in ein entscheidendes Stadium getreten. Deutschland hat die größten und besten Gewerkschaften der Welt, und die Frage, welche Rolle die Gewerkschaften bzw. ihre Spitzenorgane, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB.), der Allgemeine Freie Angestelltenbund (AfA) und der Allgemeine Deutsche Beamtenbund (ADB.), die die Leitung von über neun Millionen organisierter Proletarier in Händen haben, in diesem gewaltigen Ringen spielen, beschäftigt das ganze internationale Proletariat.

Wer die Tätigkeit dieser Instanzen in den letzten Jahren verfolgt, wird auch für die Zeit des Entscheidungskampfes nicht allzuviel für das Proletariat von ihnen erwartet haben. Doch was sich diese Körperschaften an Feigheit, Passivität und Verrat in der jetzigen, für die Arbeiterklasse entscheidenden Situation leisten, übersteigt selbst die schlimmsten Erwartungen. Ihr verräterisches Verhalten beim Sturz des Cuno-Kabinetts, als sie der im Generalstreik stehenden Masse durch öffentliche Aufforderung zum Streikbruch in den Rücken fiel, findet in ihren ganzen folgenden Handlungen eine würdige Fortsetzung.

Unmittelbar nach der Bildung der großen Koalitionsregierung stand die Lohnfrage im Mittelpunkt des Kampfes. Der in Berlin fast restlos durchgeführte Generalstreik hatte den Unternehmern Angst eingejagt. Diese sahen sich Mitte August gezwungen, Lohnerhöhungen zu gewähren, die teilweise höher als die Steigerung der Preise waren. Darob großes Geschrei im Unternehmerlager und in der bürgerlichen Presse. Schnell eilte der ADGB. dem „bedrängten" Kapital zu Hilfe. Indexlöhne waren schon immer das Ziel der Gewerkschaftsführer, und sie vereinbarten mit den Unternehmern in der Zentralarbeitsgemeinschaft „Richtlinien für Lohnverhandlungen". Darin wurde das Prinzip des Indexlohnes verwirklicht, aber in einer Form, die noch weit schlechter war als das gewiß miserable österreichische

System. Denn der durch die Indexsteigerung zu multiplizierende Grundlohn soll gemäß dieser Richtlinien „unter Berücksichtigung der Konjunktur und der wirtschaftlichen Notwendigkeiten" festgelegt werden, d. h., daß schon der Grundlohn nicht den Lebensnotwendigkeiten der Arbeiterschaft, sondern den Interessen der Unternehmer angepaßt wird. Dazu kommt dann der Indexschwindel, denn bei den Preissteigerungen von beinahe 100 Proz. und mehr von Tag zu Tag kommt der Index mehrere Tage zu spät, so daß die praktische Folge dieser Vereinbarungen die ist, daß der ausbezahlte Lohn kaum 10—15 Prozent des tatsächlichen Existenzminimums beträgt. Selbst der „Vorwärts" (Ausgabe vom 11. Oktober) sah sich gezwungen, die Folgen dieser Gewerkschaftspolitik mit den Worten zu kennzeichnen: „Die Indexlöhne wachsen sich immer mehr zu einem betrügerischen Spekulationsobjekt aus." In den Zeiten aber, wo die deutsche Arbeiterschaft mit jedem Tage tiefer in den Abgrund des Elends gestürzt und der Verzweiflung nähergebracht wird, unternimmt der ADGB. so gut wie gar nichts. Der einzige Halt des kapitalistischen Systems in Deutschland beruht heute nur auf der Großen Koalition, d. h. auf der Beteiligung der SPD. an der Regierung. Diese Regierung ist aber nichts als Kulisse der Schwerindustrie und des Militärs. Die Große Koalition ist es, die schon die Verhängung des Belagerungszustandes und Aufrichtung der Militärdiktatur, die Auslieferung der ganzen Macht an die von Stinnes ausgehaltene schwarze Reichswehr, die bevorstehende Aufhebung des Achtstundentages, die „Reform" der Erwerbslosenfürsorge, die Beseitigung der Demobilmachungsverordnungen auf ihrem Konto hat. An diesem Vorstoß gegen das Proletariat ist der ADGB. mit verantwortlich, denn gegen seinen Willen wäre eine Regierungsbeteiligung der SPD. unmöglich.

Doch der ADGB. treibt hier ein demagogisches Doppelspiel. Während er faktisch an den Schandtaten der Regierung und an den jetzigen Zuständen der Mit-, ja der Hauptschuldige ist, erläßt er alle paar Tage zu irgendeiner Frage einen Aufruf, worin das Treiben der Kapitalisten und Reaktionäre in scharfen Worten kritisiert und eine Reihe ganz radikaler Forderungen aufgestellt wird. So wird in einem „Währungsfrage, Arbeitslosigkeit und Unterentlohnung" überschriebenen Aufruf vom 8. September kategorisch die Goldwährung auf der Grundlage „realer, in die Hand des Staates gegebener Vermögensobjekte" gefordert. Und am Dienstag, den 24. Oktober, sandte der Vorstand des ADGB. eine Abordnung an den Reichskanzler, die von der Reichsregierung u. a. „die sofortige Schaffung eines wertbeständigen Zahlungsmittels für Lohn und Gehaltsempfänger" und „Anpassung der Löhne an die Geldentwertung ohne Rücksicht auf die bestehenden Tarifverträge" verlangte. Prompt erließ das Koalitions-Kabinett eine Verordnung, wonach in den nächsten Tagen wertbeständige Zahlungsmittel ausgegeben werden sollen. Diese „wertbeständigen Zahlungsmittel" stellen sich schon von vornherein als ein unerhörter Schwindel dar. Es werden unbeschränkt Stücke der Goldanleihe in Höhe von 1, 2 und 5 Dollar sowie Zwischenscheine in Höhe von einem Zehntel, einem Viertel und einem halben Dollar gedruckt, um sie für Lohnzahlungen an Arbeitnehmer zu verwenden. Da der Druck dieser wertbeständigen Zahlungsmittel in größeren Mengen vor sich geht, eine Deckung dafür aber nicht vorhanden ist, soll dieses Mittelchen dem Zwecke dienen, die Arbeiterschaft einer neuen Inflations-Ausplünderung auszusetzen. Man glaubt, wie schon seinerzeit bei der ersten Parole der „wertbeständigen Löhne", daß sich die Arbeiter gerade im gegenwärtigen Moment größter Erregung durch diesen Schwindel beruhigen lassen werden. Mit der „Erfüllung" des ersten Punktes der Forderungen des ADGB. war man also sehr schnell zur Hand, da ja gerade diese Maßnahme am besten geeignet erscheint, „Ruhe und Ordnung" aufrechtzuerhalten. Die Forderung auf Anpassung der Löhne an die Geldentwertung ohne Rücksicht auf die bestehenden Tarifverträge kann mit derartigen Mätzchen nicht „erfüllt" werden. Darum läßt man verschämt erklären, daß eine Entscheidung hierüber noch ausstehe, da „es sich hier um einen äußerst einschneidenden Vorgang handeln würde, dessen Bedeutung in der vorliegenden knappen Formulierung nicht ausreichend geklärt erscheint". Mit anderen Worten: Die Koalitionsregierung gemeinsam mit dem ADGB. muß noch eine Form der „Erfüllung" dieser Forderung finden, durch die eine Garantie für den Betrug an die Arbeiter gegeben ist. Für die Arbeitslosen wird in dem oben erwähnten Aufruf vermehrte Arbeitsgelegenheit und eine Unterstützung „bis zur Garantie der notwendigen Lebenshaltung" verlangt. Weiter wird gesagt: „In den Privatbetrieben ist schneller Entlassung von Arbeitern durch Ausbau und straffe Anwendung der Stilllegungsverordnung vom November 1920 vorzubeugen". — Die SPD.-Ministerkumpane des ADGB. stimmen aber dem Abbau und der Aufhebung der Erwerbslosenunterstützung, den Massenentlassungen von Arbeitern und Beamten und der Aufhebung der Stillegungsverordnungen, die das Stillegen von Betrieben erschwert, zu. Zur Unterentlohnung weiß der ADGB. nichts weiter zu sagen, als daß er im Bundesvorstand einen lohnpolitischen Ausschuß eingesetzt hätte.

In einem „Steuerprogramm der Gewerkschaften" betitelten Aufruf vom 29. September ist der ADGB., wie immer bei Steuerforderungen, sehr radikal. Er verlangt zwar nicht, wie die KPD., eine 51prozentige, aber doch eine 25prozentige Sachwerterfassung, eine Verschärfung der Erbschaftssteuer und eine sehr scharfe Ertragsbesteuerung der Großagrarier. Doch die Regierung, samt den SPD.-Ministern, läßt nach wie vor den skandalösen Zustand bestehen, daß 90 Prozent aller Abgaben von den Arbeitern, Angestellten und Beamten, und beinahe die 100 Prozent der Staatsausgaben durch den Notendruck, also durch die Inflationssteuer, erhoben werden, die die Armen zu Bettlern macht, einigen Hunderten Großkapitalisten aber das ganze Volksvermögen ausliefert. An Stelle der Sachwerterfassung beim Privatkapital werden jedoch von der Regierung alle Vorbereitungen zur Auslieferung der Staatsbetriebe an das Privatkapital getroffen.

Es ist klar, alle die Aufrufe des ADGB. mit den radikalen Phrasen und Forderungen haben nur den Zweck, den Massen vorzutäuschen, daß der ADGB. für ihre Interessen kämpft, um sie dadurch vom Abmarsch zur Front des revolutionären Proletariats abzuhalten.

Zu dem diktatorischen Vorgehen der Ruhrindustriellen, die den Bergleuten, Hüttenarbeitern usw. einfach durch Anschlag die Aufhebung der 7-Stundenschicht bzw. des Achtstundentages und die Einführung der 8½- bzw. 10- bis 12stündigen Arbeitszeit bei gleichbleibendem Lohn aufzwingen wollten, hat der ADGB. am 5. Oktober einen geharnischten Aufruf: „Arbeitnehmer, seid auf dem Posten!" erlassen. Er ruft darin die gesamte Arbeiterklasse zum Kampfe „mit den äußersten Mitteln" gegen diese Arbeiterfeinde auf. Es heißt darin: „Jetzt ist es nicht Zeit, in Euren Reihen politische Gegensätze auszutragen . . . Gegen die Feinde der Arbeitnehmerschaft muß die geeinte Macht des deutschen Proletariats eingesetzt werden!" Doch wer nun glaubt, daß der ADGB. jetzt endlich seine Arbeitsgemeinschaftspolitik aufgeben, die von ihm immer sabotierte Bildung der Einheitsfront und den Kampf um die Erhaltung des Achtstundentages energisch durchführen würde, der ist sehr im Irrtum. Obwohl die Unternehmer den Arbeitsgemeinschaftsvertrag mit Füßen traten, weigert sich der ADGB. auch jetzt noch, aus der Zentralarbeitsgemeinschaft auszutreten.

Gegenüber dem Angriff der Unternehmer auf die Siebenstundenschicht der Bergleute und den Achtstundentag erklärte der ADGB. im „Vorwärts", daß man formell an der Siebenstundenschicht festhalten müsse; aber die Bergleute seien jederzeit bereit, Ueberstunden zu machen, wie er sich auch stets dafür einsetzte, daß die übrigen Arbeiter durch Ueberstunden länger als acht Stunden arbeiten.

Der von der KPD. immer wieder zentral und örtlich gestellten Aufforderung zur Bildung einer proletarischen Einheitsfront setzt der ADGB. nach wie vor den größten Widerstand entgegen. Er oder seine örtlichen Unterorgane können sich zwar unter dem Druck der Massen nicht mehr weigern, Verhandlungen darüber mit der KPD. zu führen. Doch immer und systematisch werden bei den örtlichen Verhandlungen (zentrale Verhandlungen werden immer noch abgelehnt), offenbar auf Anweisung des ADGB.-Vorstandes, unerfüllbare Forderungen, wie „keine politische Beeinflussung der Betriebsräte", „Unterlassung jeder Kritik oder Initiative in Lohnfragen" usw. an die KPD. gestellt, um die Einigung zu verhindern. Wenn es trotzdem in vielen Orten schon zur Herstellung der Einheitsfront gekommen ist, so deshalb, weil entweder die dortigen Gewerkschaften revolutionär gesonnen sind oder so unter dem Druck der Massen stehen, daß sie nicht mehr sabotieren können.

Die Losung: „Bildung gemeinsamer Aktionsausschüsse" zur Abwehr des Kapitals und der Faschisten ist heute so Allgemeingut der Arbeiterschaft geworden, daß sich ihr auch der ADGB. nicht mehr entziehen konnte. Flugs setzte er am 11. Oktober zur Täuschung der Massen auch einen Aktionsausschuß ein, der aber nur aus Vertretern der Spitzenkörperschaften des ADGB., der AfA. und des ADB. besteht. Damit will man einem Zusammengehen mit der KPD. ausweichen und erreichen, bei eventuellen Kämpfen die Leitung in die Hand zu bekommen.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß die Führer der Spitzengewerkschaften und des ADGB. in erster Linie, heute noch wie vor ein paar Tagen, krampfhaft an der Idee des Wiederaufbaues des Kapitalismus festhalten und bereit wären, alles zu tun, um die „linke Diktatur" abzuwenden. Aber die Möglichkeit der Abwendung eines wirtschaftlichen Chaos ist gegenwärtig in Deutschland augenscheinlich so gering geworden, die Arbeitermassen — getrieben von Not und Verzweiflung — üben auf sie einen so starken Druck aus, und das Großkapital, das in den Novembertagen auf die Gewerkschaften als auf die einzige Stütze der „Ordnung" gegen das heranziehende „Chaos" vertraute, führt gegenwärtig einen so offenen Krieg gegen die Gewerkschaften,

daß die Gewerkschaftsführer, wenn auch gegen ihren Willen, gezwungen sind, den ihnen hingeworfenen Fehdehandschuh aufzunehmen. Wie weit sie in diesem Kampfe gehen werden — das hängt in großem Maße davon ab, inwieweit die Massen, die noch hinter ihnen stehen, durch die kommunistische Propaganda und Agitation aufgewühlt, klassenbewußt und kampfbereit sein werden, und ferner inwieweit unsere Partei selbst in der Lage sein wird, diesen Massen Wege und Mittel zu zeigen, die sie befolgen werden.

Die Stellung der KPF. zum Kongreß der CGTU.

(Schluß.)

Die gewerkschaftliche Einheit.

. . . Die Arbeiter wünschen sehnlichst die Wiederherstellung der Einheit. Von Anfang an hat die CGTU. immer und immer wieder die Einberufung eines gemeinsamen Kongresses aller den beiden Gewerkschaftsbünden angeschlossenen Verbände sowie der selbständigen Gewerkschaftsorganisationen beantragt. Dieser Vorschlag stieß aber noch jedesmal auf die kategorische Ablehnung der CGT., die sich bemüht, ihren Spaltungswillen hinter einer angeblichen Wiederherstellung der Einheit von unten her im Rahmen der ihr angeschlossenen Organisationen zu verbergen.

Der so logische Vorschlag der CGTU. stieß sich aber auch noch auf eine andere Richtung, die durch eine fragmentarische Einheit zur Zersetzung der Organisation, zur Zerreißung der Bande mit den zentralen Organisationen, zum gewerkschaftlichen Lokalismus oder Regionalismus führen würde, obwohl sich die Notwendigkeit der Zusammenfassung aller gewerkschaftlichen Kräfte sich angesichts eines national eng verbundenen Unternehmertums gebieterischer als je erweist.

Verschiedene praktische Mittel scheinen geeignet, die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Einheit zu beschleunigen und dafür eine günstige Atmosphäre zu schaffen: Erstens die Propaganda für einen gemeinsamen Wiedervereinigungskongreß. Die CGTU. tritt schon dafür ein. Es gilt also, die Mitglieder der CGT. auch ohne den Willen ihrer Führer dafür zu gewinnen. Die in den Verbänden der CGT. verbliebenen Kommunisten müssen ihre Gewerkschaftskommissionen bilden und die Propaganda für die Wiederherstellung der Einheit in die Hand nehmen. Zweitens durch Schaffung von gemischten Kommissionen in den Provinzkartellen, die die Aufgabe haben, die lokalen Schwierigkeiten für die Verwirklichung der Einheit auszugleichen und auf die Gewerkschaftsbünde einen Druck zugunsten der Abhaltung eines gemeinsamen Kongresses auszuüben. Außerdem durch Fortsetzung der Bemühungen zur Bildung von Betriebsausschüssen, in denen Mitglieder der beiden Gewerkschaftsverbände sowie Unorganisierte vertreten sind, die gemeinsam gegen das Unternehmertum den Kampf führen und so die Grundlagen für eine vollständigere Arbeitereinheit schaffen. Endlich durch Verallgemeinerung der Praxis der Einheitsfront. Die Einheitsfront ist das einzige Mittel, der Spaltungsgefahr unmittelbar zu begegnen und durch Fühlungnahme im Kampfe die Wiederherstellung der organisatorischen gewerkschaftlichen Einheit anzubahnen. . .

Das Problem der Internationale.

Vor einem Jahre hat sich die CGTU. der RGI. angeschlossen, nachdem sie vom 2. Kongreß die geforderten Autonomiezusicherungen erhalten hatte. Die Frage könnte somit gar nicht mehr gestellt werden. Der Anschluß ist vorbehalt- und bedingungslos vollzogen und muß bestätigt werden. Die verschiedenen Verbände beginnen mit den internationalen Propagandakomitees Verbindungen herzustellen. Nach langwierigen Vorbereitungen ist diese Arbeit endlich in Angriff genommen worden.

Diesen Augenblick wählt man eine Richtung, um in Bourges die Abkehr von jeder Internationale bis zum Stattfinden eines hypothetischen internationalen Einigungskongresses zu fordern. Sie behauptet, daß dies die Verwirklichung der nationalen gewerkschaftlichen Einheit fördern würde, und nähert sich dem Gedanken, daß die Spaltung das Werk der beiden Internationalen sei. Amsterdam hat die CGT. zur Spaltung getrieben, das steht fest. Moskau dagegen hat seinen Anhängern empfohlen, alles hinzunehmen, um die Einheit aufrecht zu erhalten. Aber auch ohne Amsterdam wäre die Spaltung durch seine französischen Vertreter vollzogen worden, die zu allem entschlossen waren, nur nicht dazu, sich in die Minderheit drängen zu lassen.

Der Austritt aus jeder Internationale, d. h. der Austritt aus der RGI., den die Vertreter der Berliner Pseudo-Internationale fordern, wäre der denkbar größte und schwerste Fehler. Er würde die Aufgabe jeder bereits in Angriff genommenen internationalen Arbeit bedeuten und die Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheit nur verzögern, statt sie zu beschleunigen. Besonders in dem Augenblick, wo das Bedürfnis nach engen internationalen Verbindungen am fühlbarsten ist, wo das Proletariat seine Kräfte zur Unterstützung der unmittelbar bevorstehenden deutschen Revolution notwendig zusammenfassen muß, würde der Austritt aus der RGI. der Isolierung der revolutionären Gewerkschaftsbewegung, dem Verrat ihrer Pflicht der Solidarität gleichkommen. Dieser Egoismus müßte ein furchtbares Erwachen vorbereiten, denn es unterliegt keinem Zweifel, daß das Fehlschlagen der deutschen Revolution das Proletariat aller Länder der schlimmsten Reaktion ausliefern würde. . .

Wirtschaftliche und soziale Revolution.

Viele von denen, die sich am lautesten zu der Charte von Amiens bekennen, scheinen deren tiefgehende Bedeutung nicht zu kennen. Sie vergessen, daß sie die Liquidierung der ersten Periode des Millerandismus bezeichnete, der die Gewerkschaften an die Regierung binden, sie auf die Bahn des sozialen Friedens durch den Obersten Arbeitsrat und das Zwangsschlichtungsverfahren hindrängen wollte. Die Charte von Amiens war in ihrem Wesen eine Maßnahme proletarischer Abwehr gegen das Eindringen bürgerlicher und gouvernementaler Ideen. Leider hat sie 1914 dieses Eindringen und die Beherrschung der Gewerkschaftsorganisationen durch die herrschende Klasse nicht zu verhindern vermocht.

Heute ist infolge der Kapitulation der Führer der CGT. eine zweite Periode des Millerandismus angebrochen. Diese Führer haben die Charte von Amiens ihrem Geiste wie ihrem Wortlaute nach schamlos verraten und damit das Recht verwirkt, sich noch darauf zu berufen.

Andere behaupten, die Charte von Amiens stelle die wirtschaftliche Revolution in Gegensatz zur sozialen Revolution. Die soziale Revolution ist aber zugleich sowohl wirtschaftlich wie politisch. Der Kapitalismus verteidigt sich mit allen Machtmitteln des bürgerlichen Staates. Um diese zu zerstören, ist die Aufrichtung der Diktatur des Proletariats eine unausweichliche Notwendigkeit. . . Der eine Zeitlang von der Gewerkschaftsbewegung gehegte Traum, daß die fortschreitende Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisation allmählich alle nützlichen Funktionen des Staates aufsaugen, und so eines Tages den Rahmen der bürgerlichen Wirtschaft sprengen würde, ist an den Wirklichkeiten des imperialistischen Krieges von 1914/1918, der die dämonische Gewalt der Staaten offenbarte, sowie an den Erfahrungen der ersten sozialen Revolution in Rußland, elendiglich zerschellt. Das Weltproletariat weiß heute, daß ihm weder die Wahl des Zeitpunktes noch die Wahl der revolutionären Mittel freisteht. Es soll leidenschaftlich rüsten, allein die Stunde des Kampfes wird schlagen, bevor seine revolutionäre Rüstung beendet ist. Und die soziale Revolution, die die wirtschaftlichen Grundlagen der Gesellschaft umstürzen soll, wird notwendigerweise in ihrem ersten Abschnitt ein gewaltiger politischer Kampf sein. . .

Müssen heute die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in Frankreich nicht ganz selbstverständlich solidarisch sein mit ihren Brüdern in Deutschland, die sich anschicken, ihre zweite Revolution durchzuführen? Das Schicksal der sozialen, wirtschaftlichen wie politischen Revolution liegt in ihren Händen. Davon, ob sie imstande sein werden, die französische Bourgeoisie zu hindern, der deutschen Bourgeoisie zu Hilfe zu eilen, wird es abhängen, ob die deutsche Revolution mit geringeren oder größeren Schwierigkeiten zu kämpfen haben, ob sie selbst siegreich sein oder geschlagen werden wird.

Jede Auffassung, die geeignet ist, die Solidarität der französischen Arbeiter zu lähmen, muß zu einem Verrat an der deutschen Revolution, der zweiten großen Etappe der Weltrevolution führen.

Wir sind überzeugt, daß der Kongreß von Bourges diese Auffassung zurückweisen, daß er den revolutionären Charakter der Gewerkschaftsbewegung bestätigen wird, indem er die Maßnahmen beschließt, die geeignet sind, die französischen Arbeiter zu alarmieren und sie in den Stand zu setzen, ihre Pflicht gegenüber ihren deutschen Brüdern zu erfüllen.

Jugendbewegung

Die Kommunist. Jugend Rußlands und die Rote Armee.

Von Lazar Schatzkin (Moskau).

** Die energische Teilnahme an der bewaffneten Verteidigung des ersten proletarischen Staates war während der fünf Jahre des Bestehens des russischen Kommunistischen Jugendverbandes

eine seiner wichtigsten und oft die wichtigste Aufgabe. Auf diesem Gebiet hat er vieles geleistet, was man am Tage seines fünfjährigen Jubiläums für die gesamte Kommunistische Jugend-Internationale als große Erfahrung auswerten kann. Eben jetzt, wo die proletarische Revolution in Deutschland an die Türe pocht, erhält diese Erfahrung des RKJV. eine aktuelle Bedeutung.

Noch vor der Gründung der Allrussichen Organisation, die ungefähr ein Jahr nach der Oktoberrevolution erfolgte, haben die schon seit der Februar-Revolution 1917 bestehenden Arbeiterjugend-Verbände der proletarischen Zentren die erste Form der Bewaffnung des Proletariats — die Parteitruppe und die Rote Garde — mitgeschaffen. Als die wütende Reaktion nach der Niederschlagung des Juli-Aufstandes der Petersburger Arbeiter und Soldaten die bolchewistischen Organisationen zu zerschlagen versuchte, haben sich die Jugendlichen in Moskau und in den anderen Städten in den bewaffneten Schutz der Partei eingereiht. Die Rote Garde, die kurz vor Oktober entstanden ist, und die schon eine breitere Basis hatte, hat auch größere Teile der Jugend erfaßt. In ihren Reihen sind die kommunistischen Jugendlichen auf die Oktober-Barrikaden gegangen, und nach ihren Anordnungen haben die anderen den Verbindungs- und Auskundschaftsdienst geleistet.

Nach der Oktober-Revolution, in der viele unserer Besten als Opfer gefallen sind, mußte die Rote Garde die konzentrierten Kräfte der Konterrevolution außer vor Petersburg im Dongebiet und in der Ukraine unschädlich machen. Die zuerst kleinen Abteilungen der Roten Garde wuchsen immer mehr zu großen Truppenteilen an, und die Hauptkaders für diese Truppen hat die Arbeiterjugend gestellt. Noch ernster wurde es, als die deutsche imperialistische Armee ihre Offensive auf der ganzen Front und hauptsächlich gegen Petersburg begann. Und als in den dunklen Winternächten die Sirenen der Petersburger Betriebe die Arbeiterschaft zur Verteidigung der roten Hauptstadt alarmierten, zog die Hälfte des Petersburger Jugendverbandes, der mehr als 10 000 Mitglieder umfaßte, in einigen Tagen an die Front. Die Moskauer Organisation lieferte in diesen Tagen Tausende Mitglieder einschließlich aller Leiter für den Kampf an der Front und für die Organisierung der verschiedenen Dienstarbeit (Organisierung des Stabes, Werbung der Freiwilligen, Kurierdienst, Versorgung usw.).

Nach dem Brest-Frieden von 1918 begann die Gründung der eigentlichen Roten Armee. Der RKJV. entwickelte eine riesige Propaganda in den breiten Massen der arbeitenden Jugend, um sie über die Ziele und den Aufbau der Roten Armee aufzuklären. Der gesamte Jugend-Verband wurde durch die Einführung der für alle Mitglieder obligatorischen Militärvorbereitung zu einer großen Reserve der Roten Armee umgestaltet. Diese Militärvorbereitung ist dann auf die gesamte arbeitende Jugend ausgebreitet worden, wobei der RKJV. die politischen Leiter und Organisatoren für diese Arbeit abgegeben hat. Als die Schulen eingerichtet wurden, in denen die neuen Roten Kommandeure aus den Reihen der Arbeiter und Bauern vorbereitet werden, hat der Jugend-Verband Tausende seiner Mitglieder als Kursanten auf diese Schulen gegeben. Das wichtigste war aber die unmittelbare Unterstützung der Frontarmeen. Jedesmal, wenn die militärische Lage der Sowjet-Republik schwierig wurde und neue Verstärkungen von bewußten kommunistischen Kämpfern das Schicksal der Revolution entscheiden sollten, hat der Jugend-Verband Zehntausende seiner Mitglieder an die Fronten gesandt. Diese großen Mobilisationen, die gegen Koltschak, Denikin, Judenitsch und andere weiße Generale durchgeführt worden sind, gingen in verschiedener Weise vor sich: Wenn es die Zeit zuließ, durch freiwillige Werbung, wenn nicht, durch Anordnung der Leitung. So hat z. B. der II. Kongreß der RKJV., der im Herbst 1919 tagte, nach dem Bericht des Genossen Trotzki beschlossen, 30 Proz. aller Verbandsmitglieder gegen Denikin zu mobilisieren. Oft gab die Jugendzentrale die Anordnung heraus, daß binnen einer oder zwei Wochen bestimmte Gouvernements so und so viel Leute für die eine oder andere Front mobilisieren müssen. Nach fünf Jahren des Kampfes können wir uns auf keinen Fall entsinnen, in dem solche Befehle nicht ausgeführt worden sind. Diejenigen Organisationen, die sich dicht an der Front befanden, haben meistens ausschließlich alle Mitglieder der Armee zur Verfügung gestellt. Auch im Hinterlande des Gegners haben die illegalen kommunistischen Jugendorganisationen wertvolle Dienste für die Rote Armee geleistet und gemeinsam mit der Partei einen Guerillakrieg gegen die Weißen organisiert. Die an die Fronten abgegebenen Mitglieder haben in der übergroßen Mehrheit als Rotarmisten gekämpft. Viele aber wurden auch als politische Leiter sowie für die administrative Arbeit, und die Mädchen wurden im Sanitätsdienst verwendet. In der Regel wurden die Jugendlichen in die allgemeinen Truppenteile eingereiht, wo sie die größte Wirkung auf die parteilosen Rotarmisten durch Agitation und persönliches Beispiel ausgeübt haben. Es gab aber Fälle, wo in Stunden dringender Gefahr rasch besondere Jugendtrupps organisiert worden sind — z. B. das Fahrrad-Bataillon in Petersburg während der Judenitsch-Offensive im Herbst 1919.

Während des Bürgerkrieges bildeten die militärischen Aufgaben die wichtigste Arbeit des RKJV. Nach der Vernichtung Wrangels und nach den Friedensverhandlungen mit Polen hat sich der RKJV. dem friedlichen Aufbau der Wirtschaft und der allseitigen Ausbildung seiner Mitglieder sowie der gesamten Arbeiter- und Bauernjugend gewidmet. Aber auch jetzt vergißt er keinen Augenblick, daß die Friedenspause immer durch neue Kriege unterbrochen werden kann. Auch jetzt gehen die Hauptkaders (durchschnittlich 30 Proz.) für die Militärschulen aus ihm hervor. Auch jetzt leitet er die politische Arbeit bei der militärischen Vorbereitung der Jugend. Er ist eng verbunden mit der Roten Armee, wo er in allen Truppenteilen seine Organisatoren und in den Militärschulen seine Zellen besitzt. Innerhalb des Verbandes existieren besondere Zirkel, die die Aufgaben und das Wesen der Roten Armee studieren. Die Jugendlichen nehmen an den Parteitruppen, die auf dem Grundsatz der territorialen Miliz auch jetzt existieren, teil. Und noch eine neue Form der militärischen Arbeit wird jetzt von dem Jugend-Verband wie auch von anderen Organisationen erfolgreich angewandt — das ist die sogenannte „Schefstwo", das ins Deutsche ungefähr mit dem Wort Protektorat übersetzt werden kann. Am 16. Oktober 1922 wurde der Jugend-Verband Chef der gesamten Militärmarine. Er erfüllt als Chef folgende Aufgaben: Die Mehrheit der Besatzung aller Schiffe und Militärschulen besteht schon jetzt größtenteils aus denjenigen Jugendlichen, die vom RKJV. zu Tausenden in die Rote Flotte gesandt worden sind. In allen Jugendorganisationen werden große Sammlungen von Geld und Sachen organisiert, woraus allen Matrosen besondere Geschenke des Jugend-Verbandes zugehen; Verbindung durch Briefe, Literaturversorgung usw. einzelner Organisationen und Zellen mit den einzelnen Schiffen, Schulen usw.; Propaganda für die Tätigkeit der Roten Flotte unter der Jugend; Heranbildung von politischen Leitern für die Bildungsarbeit in der Flotte; Mitarbeit an der Flottenpresse und Beleuchtung der Tätigkeit der Flotte in unserer Presse; Organisierung der Verbrüderung zwischen den Matrosen und Jugendlichen usw. Der ukrainische Jugend-Verband ist außerdem der Protektor der Roten ukrainischen Kosaken, die im Bürgerkriege ebenso wie die Matrosen den heldenhaftesten Teil der bewaffneten Kräfte der Republik dargestellt haben.

Die Menschewiki und das bürgerliche Gesindel schreien über den russischen roten Militarismus und über den Militarismus in dem RKJV. Das läßt uns kalt! Die Rote Armee ist nicht für imperialistische Kriege geschaffen. Sie soll den Bund der sozialistischen Sowjetrepubliken verteidigen und die Reserve der proletarischen Weltrevolution darstellen. Das Proletariat in Westeuropa soll sich nicht von den Leuten betrügen lassen, die die russischen Arbeiter im Kampfe schon hundertmal verraten haben und die ihnen jetzt zureden, sich den bis auf die Zähne bewaffneten kapitalistischen Banditen unbewaffnet und ungeschützt gegenüberzustellen. Die Rote Armee ist ein treues Werkzeug der proletarischen Revolution. Darum verleumden sie alle Konterrevolutionäre, und eben darum wird der RKJV. auch in Zukunft alles mögliche tun, um die Rote Armee noch zu verbessern und zu stärken.

Faschismus

Wie besiegt man den Faschismus?

Von Albert Treint (Paris).

** Mit Hilfe von verstümmelten, aus dem Zusammenhang gerissenen Zitaten suchen die Sozialisten der Welt glauben zu machen, es bestehe ein Bündnis zwischen Kommunisten und Faschisten mit dem Ziele eines Revanchekrieges gegen Frankreich. Auch Poincaré und seine Nachtreter bemühen sich, die französische öffentliche Meinung, von der sie wissen, daß sie pazifistisch eingestellt ist, mit der Vogelscheuche der „ungeheuerlichen" Koalition zwischen Kommunisten und Faschisten einzuschüchtern. Poincaré und seine offiziösen Zeitungen bereiten so die öffentliche Meinung auf die bewaffnete gegenrevolutionäre Intervention gegen die deutsche Revolution vor. Und, wie immer, erweisen die Sozialisten sich auch bei diesem Anlaß wiederum als die getreuen Helfershelfer des französischen Imperialismus.

Der gesunde Sinn unseres Proletariats wird jedoch durch alle politischen und geistigen Verdunklungspläne und Schwindeleien der Grumbach und Genossen hindurch die Wahrheit

erkennen. Vor allem begreifen die französischen Arbeiter, daß, so grundfalsch die Behauptung ist, daß ein Bündnis zwischen Kommunisten und Faschisten auch nur ins Auge gefaßt wurde, es dagegen durchaus richtig ist, daß sozialdemokratische Minister mit Stresemann eine Regierung der Großen Koalition gebildet haben, die auf der einen Seite den Faschismus wohlwollend unterstützt, während sie auf der anderen Seite die schlimmste Arbeiterunterdrückung betreibt. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat den Faschismus mit der Waffe in der Hand bekämpft; die Zahl seiner Toten und Verwundeten in diesem Kampfe beläuft sich auf mehrere Hundert. Wenn an diesem Kampfe auf seiten der Kommunisten auch sozialdemokratische Arbeiter teilgenommen haben, so geschah dies entgegen dem ausdrücklichen Willen der Oberführer der Sozialdemokratie.

Das Verbrechen der deutschen Kommunistischen Partei in den Augen der Sozialdemokraten besteht zweifelsohne darin, daß sie aus den internationalen Erfahrungen, besonders aber aus den Erfahrungen in Italien gelernt und begriffen hat, daß zum Sieg über den Faschismus der Kampf mit den Waffen allein nicht genügt, sondern daß es notwendig ist, allezeit den Waffenkampf mit dem politischen Kampf zu kombinieren.

Der Faschismus organisiert die Unzufriedenheit der durch den Krieg schwer mitgenommenen Mittelklassen. Er beutet ihre nationale Ideologie und ihre Kleinbesitzerbefürchtungen aus, um sie gegen die Arbeiterorganisationen, die ihnen als antinational und angriffslustig auf das kleine Eigentum hingestellt werden, in Kampfstellung zu bringen. Nach dem Niederbrennen der Gewerkschaftshäuser, der Ausplünderung der Arbeiterzeitungen, der Zerstörung oder Terrorisierung der Arbeiterorganisationen, führt dann der Faschismus die so geköderten Mittelklassen in das Kielwasser des Großkapitalismus und seiner internationalen Profitkombinationen, die mit dem Begriff Vaterland nicht das geringste gemein haben.

Die Kommunistische Partei Deutschlands hat nun diesen Mittelklassen gezeigt, daß sie nicht antinational, sondern international ist, daß sie nicht den auf Arbeit begründeten Kleinbesitz, sondern das auf der Ausbeutung der Proletarier beruhende Großkapital sozialisieren will, das durch seine Entwicklung Kleingewerbetreibende, die noch über eigene Produktionsmittel verfügen, in brutalster Form expropriiert. Die deutsche Kommunistische Partei hat den Schwerkapitalismus der Stinnes, Thyssen, Krupp, Klöckner usw. denunziert, der den Kampf gegen den Imperialismus Poincarés nicht zur Verteidigung der nationalen Interessen führt, sondern lediglich zu dem Zweck, für sich bei der bevorstehenden Versippung der französischen und deutschen Schwerindustrie günstige Beteiligungs-Grundlagen zu schaffen. Und diese Versippung richtet sich unmittelbar gegen die Nation der Werktätigen in Deutschland, deren Interessen mit denen der Werktätigen in der ganzen Welt zusammenfallen. Die Kommunistische Partei Deutschlands hat diese Arbeit der politischen Zersetzung des Faschismus in Tausenden von Volksversammlungen und mit Hunderten von Zeitungsartikeln und Broschürenaufsätzen betrieben. Die „Rote Fahne" hat sich mit dem Grafen Reventlow auseinandergesetzt, wobei unsere Genossen Radek und Frölich die Argumente des alten reaktionären Führers gründlich zerschlagen haben. Die Bemühungen der KPD. waren erfolgreich. Es ist ihr in weitem Maße gelungen, dem Faschismus die städtischen und ländlichen Mittelschichten zu entreißen und sie in das Kielwasser des revolutionären Proletariats hinüberzuführen.

Ist es dem Sieg der Arbeiterklasse dienlicher, wenn die Mittelklassen auf seiten des Proletariats statt auf seiten der Bourgeoisie kämpfen? Die Herren der französischen und deutschen Sozialdemokratie, die im Lager der Bourgeoisie kämpfen, sind augenscheinlich nicht imstande, darüber genau so zu denken wie die Kommunisten, die ihren Kampf im Lager des Proletariats führen. Gewiß wird die Nation der Arbeitenden, die morgen in Deutschland die Macht übernehmen wird, sich nicht allen Forderungen des französischen Imperialismus beugen. Allein unsere kommunistischen Genossen in Deutschland haben immer den Standpunkt verfochten, daß die Vorbedingung für einen wirksamen Kampf gegen Poincaré in dem Sturz des deutschen Kapitalismus liegt, der das werktätige Volk Deutschlands der gemeinsamen Ausbeutung durch den deutschen und den Ententekapitalismus ausliefern will. Nach Aufrichtung der proletarischen Staatsgewalt in Deutschland hat diese die Pflicht, alle Kräfte des Landes zur Verteidigung der Revolution nutzbar zu machen. Als der weißgardistische General Judenitsch Petersburg bedrohte, hat bekanntlich auch die russische Revolution auf den ehemaligen General Brussilow zurückgegriffen, obwohl dieser keineswegs Kommunist geworden war. Und sie hat damit ganz richtig gehandelt. Selbstverständlich hatte die bolschewistische Regierung alle Vorsichtsmaßnahmen getroffen, damit Brussilow nur als Werkzeug der Arbeitermacht handeln und sich auf keinen Fall gegen sie wenden konnte.

Die Herren von der französischen Sozialistischen Partei, die immer das Beispiel der Pariser Kommune im Munde führen, würden gut tun, einmal ernstlich über die Lehren unserer eigenen revolutionären Vergangenheit nachzudenken. Denn auch die Pariser Kommune versuchte die mit patriotischen Ideologien erfüllten Mittelklassen ihren revolutionären Zwecken dienstbar zu machen. So führte sie den Kampf gegen Thiers und Bismarck, die sich einander in die Hände arbeiteten. Der Fehler der Pariser Kommune lag darin, daß die international eingestellten Arbeiterelemente es nicht verstanden, für die Durchsetzung ihrer Aufgaben die patriotischen Kräfte des gewerblichen Kleinbürgertums nutzbar zu machen. Die Kommune wurde nicht durch die Bajonette der Versailler, die Bismarck Thiers überlassen hatte, sondern auch deshalb besiegt, weil in ihren eigenen Reihen Verwirrung herrschte und keine Kommunistische Partei vorhanden war, die den Kampf hätte leiten können.

Die deutsche Revolution wird nur dann siegen, wenn es ihr gelingt, die Mittelklassen dem Faschismus zu entreißen, wenn sie den Faschismus politisch wie militärisch zu überwinden versteht. Nach der Eroberung der Herrschaft durch das Proletariat kann und muß dieses die Uebereste des besiegten Faschismus für die Zwecke der revolutionären Verteidigung nutzbar machen. Die Rolle der Diktatur des Proletariats besteht gerade darin, die dem Proletariat fremd oder feindlich gegenüberstehenden Kräfte zu zwingen, der internationalen Arbeiterrevolution zu dienen.

Die Herren Sozialdemokraten in Frankreich, Deutschland und anderswo vermögen dies offenbar nicht zu begreifen. In Italien beugt sich d'Arragona unter das Joch Mussolinis. In Spanien verhandelt Ilanezera über seine Unterwerfung mit dem Militärdiktatur Primo de Rivera. In Deutschland gehören mehrere sozialdemokratische Minister einer bürgerlichen Koalitions-Regierung an, die den Belagerungszustand verhängt und für Stresemann diktatorische Vollmachten fordert. Gleichzeitig bereiten sich aber die Arbeiterregierungen in Sachsen und in Thüringen unter dem Druck der Kommunisten vor, den bewaffneten Kampf gegen das faschistische Bayern zu unterstützen.

Arbeiterhilfe

Die Internationale Arbeiterhilfe und die Japan-Hilfsaktion.

Von Willi Münzenberg (Berlin).

** Die Internationale Arbeiterhilfe entstand als eine Organisation der internationalen proletarischen Solidarität zur Zeit der Hungersnot in Rußland. Ihre tatkräftige Hilfe, die durch die Opferwilligkeit des gesamten Proletariats möglich war, hatte Hunderttausenden das Leben gerettet und war der erste großzügige Beweis dafür, daß die Arbeiter die internationale Solidarität nicht nur als eine Lehre anerkennen, sondern auch große Opfer zum Beweise der Brüderlichkeit bringen.

Auch die japanische Arbeiterschaft war ein wertvolles Glied bei dieser Hilfsaktion der Internationalen Arbeiterhilfe. Trotz der Unterdrückung seitens der Takahashi-Regierung versuchten die japanischen Proletarier, für die hungernden russischen Arbeiter und Bauern Geldmittel zu sammeln. Arbeiter und arme Bauern, Künstler, Literaten, Musiker boten ihre Hilfe dem japanischen Hilfskomitee der Internationalen Arbeiterhilfe an und die Opferwilligkeit der japanischen Arbeiter brachte eine Summe von 30 000 Dollar für die russischen hungernden Arbeiter zusammen.

Als die Schreckensnachricht von dem Erdbeben nach Rußland kam, waren sich die russischen Arbeiter einig darüber, daß jetzt die Zeit gekommen sei, die Hilfe des japanischen Proletariats während der Hungerzeit in Rußland mit Zinseszinsen zurückzuzahlen.

Die russischen Proletarier spenden Tag für Tag große Summen zur Linderung der Not in Japan. Das internationale Proletariat wird durch die allgemeine ökonomische Notlage finanziell großen Schwierigkeiten begegnen, um die Folgen des Erdbebens für die japanische Arbeiterschaft zu mildern. Jedoch muß dafür gesorgt werden, daß dort, wo die Not am größten ist, hilfreich eingegriffen werden kann.

Das Exekutivkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe hat im Interesse der Sammlungen für die japanische Arbeiterschaft eine Kommission eingesetzt. Diese Kommission sieht die allernächsten Aufgaben in den verschiedenen Ländern in folgendem:

1. Ueberall sollen besondere Komitees gegründet werden von Vertretern der verschiedenen Arbeiterparteien, Gewerkschaften, Genossenschaften, Intellektuellen und Künstlern, die

für die proletarische Hilfe tätig sein wollen, um die Organisierung der Japanhilfe in die Hand zu nehmen.

2. Die Komitees sollen sofort eine breite Propaganda für die Japanhilfe entfalten. Die Oeffentlichkeit, besonders aber die Arbeiterschaft soll über die Folgen des Erdbebens für die japanischen Arbeiter aufgeklärt werden.

3. Die Geldsammlungen sollen sofort in Angriff genommen werden, teilweise durch eine Versammlungs- und Pressekampagne, teilweise durch persönliche Agitation. Die Jugendorganisationen, die Frauenkomitees, die Lokalorganisationen der verschiedenen Parteien können bei dieser Arbeit gute Dienste leisten. Die Hilfskomitees sollen Sammellisten ausgeben und für die öffentliche Quittierung der eingelaufenen Beträge sorgen.

4. Die verschiedenen Hilfskomitees sollen sofort die Verbindung mit dem Japan-Hilfskomitee der Internationalen Arbeiterhilfe in Berlin aufnehmen, dorthin alles auf die Japanhilfsaktion bezügliche Material einsenden.

Das Auslandskomitee der Internationalen Arbeiterhilfe ist der Meinung, daß wohl jedem Arbeiter die ungeheure Bedeutung dieser Hilfsaktion klar ist. Wenn auch die Schwierigkeiten der Japanhilfe dem Hilfskomitee klar sind, so muß doch darauf hingewiesen werden, was ein altes russisches Sprichwort sagt:

Von jedem im Dorfe ein Faden —
gibt für den Nackten ein Hemd.

Wir müssen es beweisen, daß, wenn uns auch Tausende und aber Tausende von Kilometern von den japanischen Genossen trennen, wir doch die Notwendigkeit erkennen, daß die japanischen Arbeiterorganisationen weiterbestehen müssen und daß das harte Schicksal der vom Erdbeben betroffenen Werktätigen Japans gelindert werden muß.

Aus der Internationale

Die Rote Bauern-Internationale.

Von T. Dombal.

** In den uralten Kreml-Mauern ging ein nie dagewesenes Ereignis vor sich, dessen gewaltiger Bedeutung für die internationale Bewegung der werktätigen Massen sich viele noch nicht klar bewußt sind. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß dieses Ereignis — die erste Internationale Bauern-Konferenz — einen Wendepunkt in der Geschichte der Menschheit darstellt und zu den wichtigsten Ereignissen unserer Epoche gehört.

Das ist keine Uebertreibung, sondern eine Bewertung der Tatsachen, die auf der Voraussicht der kommenden Ereignisse fußt. Im übrigen hat Genosse Sinowjew, der im Namen der Komm. Internationale diese erste Internationale Bauern-Konferenz begrüßte, betont, daß in einem Jahre, in zwei Jahren, die kolossale Bedeutung dieser Konferenz von aller Welt erkannt werden wird. Am interessantesten ist, daß Genosse Lenin, dem sein Gesundheitszustand schon erlaubt, die Zeitungen durchzusehen und die politischen Ereignisse zu verfolgen, sich außerordentlich für diese Konferenz interessiert hat. Genosse Sinowjew machte die Bemerkung, daß unser Führer ein sicheres Auge hat; wenn er unter den so zahlreichen wichtigen Ereignissen unserer Zeit die erstklassige Bedeutung dieser Konferenz erkannt hat, so irrt er nicht, denn dieses Ereignis ist von epochaler Bedeutung.

Worin besteht seine große Bedeutung? Wir wollen versuchen, auf diese Frage eine direkte Antwort zu geben.

Nämlich, in den Köpfen der Bauernmassen des Westens und der meisten kapitalistischen Länder vollzieht sich ein Umschwung. Diese erste Internationale Bauernkonferenz ist ein sprechender Ausdruck dieses Umschwungs.

Der Vortrupp, der beste Teil der Bauernarmee, eilt der proletarischen Armee zu Hilfe, verläßt das Lager der Bourgeoisie und sagt dem Kapitalismus einen erbarmungslosen Krieg an im Namen der Lebensinteressen der breiten Bauernmassen. Eben darin besteht die große historische, epochemachende Bedeutung dieser Konferenz. Diesem Vortrupp werden unzweifelhaft die übrigen Bauernmassen folgen. Die Geschichte der gesellschaftlichen Bewegungen beweist uns, daß als Träger und Wortführer der wahren Interessen der Klasse, die aus dem Joch der Unterdrückung in die Arena des politischen Kampfes treten, gewöhnlich eine kleine Schar der besten Vertreter ist, der bald die ganze Klasse Gefolgschaft leistet.

Nicht im Namen einer idealistischen schwärmerischen Brüderlichkeit, aber auf Grund der Realität der Lebensinteressen der Bauernmassen gelangen deren wahre Vertreter zu dem Schluß, daß allein die enge Zusammenarbeit mit der Arbeiterklasse, allein der gemeinsame Kampf der Arbeiterklasse mit den Bauern gegen die Klasse der Arbeiter- und Bauernausbeuter, gegen die Gutsbesitzer und Kapitalisten, die Bauernklasse vom jahrhundertelangen Joch der Unterdrückung und Unfreiheit wird befreien können. Freilich, die Arbeiterklasse und die Bauernklasse sind zwei verschiedene gesellschaftliche Formationen, die ebenso verschieden sind wie das Milieu verschieden ist, in dem sie leben.

Aber dessen ungeachtet haben die beiden Klassen gemeinsame Interessen und finden eine gemeinsame Sprache, um einander zu verstehen.

In Wirklichkeit werden die Bauern nicht weniger vom Kapitalismus ausgebeutet als die Arbeiter; in vielen Ländern werden sie sogar noch mehr unterdrückt, z. B. in den Kolonial- und Halbkolonialländern. Der Kapitalismus fügt ihnen ununterbrochene Marter und Entbehrungen zu. So kommt es, daß die Bauernschaft, die sich anschickt, gegen diesen Feind zu kämpfen, einen uneigennützigen treuen Verbündeten sucht und diesen Verbündeten in der Arbeiterklasse findet. Sie sieht wohl ein, daß die Gutsbesitzer und die Industrie- und Handelsbourgeoisie entgegengesetzte Interessen haben und dennoch im gegenwärtigen Moment vereint gegen die Arbeiter und Bauern auftreten. Aus diesem lehrreichen Beispiel des Zusammengehens der beiden Ausbeuterklassen ergibt sich immer mehr und mehr die Notwendigkeit eines Bündnisses der Arbeiter und Bauern.

Die Konferenz war nichts anderes als ein Mittel zur Auffindung der gemeinsamen politischen und wirtschaftlichen Plattform für das Arbeiter- und Bauernbündnis.

Die Konferenz behandelte die Frage Krieg und Frieden und gelangte zu dem Schluß, daß das weitere Fortbestehen der kapitalistischen Weltordnung eine weitere, neue Etappe des Unheils für die breiten Bauernmassen bedeutet. Ferner wurden ökonomische Fragen erörtert. Die Konferenz gelangte zu der Ueberzeugung, daß in vielen Ländern die Bourgeoisie alle Lasten, die sich als Folgen des Krieges ergeben, im gleichen Maße auf die Arbeiter und die Bauern abwälzt. Dies geschieht in verschiedener Form: in Gestalt von Steuern, Abgaben, in Gestalt der Geldentwertung. durch die fortwährende Papiergeld-Inflation usw. Die Bauerndelegierten überzeugten sich davon, daß die Schuld an der Teuerung, die sowohl den Arbeiter wie den Bauern an den Abgrund der Verzweiflung treibt, kein anderer trägt als die Bourgeoisie, die gar keine Opfer bringen will, um ihren Staat zu unterstützen. Auch hierbei kam die Gemeinsamkeit der Bauerninteressen mit den Interessen der Arbeiter klar zutage.

Ferner wurde konstatiert, daß in den kapitalistischen Ländern ein immer stärkerer Rückgang der Produktion wahrzunehmen ist und daß der bürgerliche Staat sich nicht im geringsten um die Entwicklung der Bauernwirtschaft kümmert, die unter den übermäßigen Lasten immer mehr herunterkommt und die Bauern in eine unerträgliche Lage versetzt, aus der nur ein Ausweg ist: die Vernichtung des heutigen ungerechten Regimes.

Der letzte Umstand spricht besonders für die Notwendigkeit der Vereinigung dieser beiden ausgebeuteten Klassen gegen den gemeinsamen Feind, den Kapitalismus. Dieser Gedanke bricht sich mit elementarer Gewalt um so mehr Bahn in den unbewußten Massen, je mehr das Leben selbst die Bauern von der Unmöglichkeit eines selbständigen siegreichen Kampfes überzeugt.

Das Beispiel Bulgariens ist augenfällig. Daneben haben wir das entgegengesetzte Beispiel in Sowjetrußland, wo die Bauern dank ihrem Bund mit der Arbeiterklasse den Sieg davon getragen haben. Dieses Beispiel zeigt, auf welchem Wege die Befreiungsbewegung der Bauern vor sich gehen muß.

Die Konferenz hat in Gestalt des Internationalen Bauernrates den Kern zu der Roten Bauern-Internationale geschaffen. Aber sie hat bewußt den Strich gezogen zwischen sich und den utopischen Phantasien, als könnte das Bauerntum eine selbständige politische Rolle spielen. Die Konferenz wies den Millionen und Abermillionen werktätiger Bauern das Ziel, nämlich den Weg des harten Kampfes gegen Kapitalismus, und den Bund der Arbeiter und Bauern im internationalen Maßstab.

Als Hauptlosung wurden die Worte erkannt: „Bauern und Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!" Dies allein spricht zur Genüge dafür, daß diese Rote Bauern-Internationale die Existenz des Kapitalismus im höchsten Grade bedroht.

Die Konferenz rechnete nicht allein mit der Möglichkeit einer Periode gemeinsamen revolutionären Kampfes der Arbeiter und Bauern gegen die kapitalistischen Ausbeuter, sondern auch mit der Möglichkeit einer längeren friedlicheren Periode des wirtschaftlichen Zusammenarbeitens mit der Arbeiterklasse. Es wurde daher beschlossen, zur Hebung der bäuerlichen Kleinwirtschaft und zur allmählichen Einführung höherer Wirtschaftsformen ein landwirtschaftliches Institut zu schaffen in der Art des Instituts zu Rom, nur mit dem Unterschied, daß im Gegen-

satz zum römischen Institut, das allein für die Entwicklung der Gutsbesitzerwirtschaften Sorge trägt, das Moskauer Institut die Bauernwirtschaft im Auge hat.

Als Aufgaben des jetzigen Moments erkannte die Konferenz die Notwendigkeit des Kampfes um die Arbeiter- und Bauernregierung, des Kampfes um ein internationales Bündnis der Arbeiter- und Bauernrepubliken.

Wie wir sehen, hat diese Konferenz, an der 122 Bauerndelegierte von 40 verschiedenen Nationalitäten teilnahmen (unter ihnen waren sogar Führer der verschiedenen oppositionellen Bauernparteien, Bauernverbände, Ligen usw, und sogar verschiedene Bauern-Abgeordnete der Parlamente) Beschlüsse gefaßt, die für die politische Entwicklung der werktätigen Volksmassen der ganzen Welt eine gewaltige Bedeutung haben können und sicher auch haben werden. Vor dieser Roten Bauern-Internationa e mag der Todfeind der Arbeiterklasse zittern. In der Tat, sie wird um so rascher zum Sturz des Kapitalismus führen, je erfolgreicher sie sich entwickeln wird. Jeder klassenbewußte Proletarier muß die erfolgreiche Entwicklung der Bauern-Internationale wünschen.

Möge sie wachsen, diese erste internationale Bauern-Organisation, möge sie sich entwickeln, möge der Ruf: „Arbeiter und Bauern aller Länder vereinigt Euch" die entlegenste Bauernhütte erreichen in allen Ländern des Erdballs!

Aufrufe

Die Erste Internationale Bauernkonferenz an die schaffenden Bauern aller Länder!

** Brüder und Genossen! Wir, die zum erstenmal versammelten Vertreter der schaffenden Bauern aller Länder, entbieten Euch unseren brüderlichen Gruß aus der Hauptstadt des ersten Arbeiter- und Bauernstaates!

Brüder und Genossen! Seit uralten Zeiten sind wir es, die in harter Arbeit dem Boden seine Früchte abgewinnen. Wir taten es einst als freie Volksgenossen: einer für alle und alle für einen. Frei war der Boden; Wald und Wiese, Jagd und Fischfang gehörten der Gemeinschaft. Aber die Gewalt der Adligen hat uns unserer Freiheit beraubt, uns zu Leibeigenen erniedrigt. Ein Jahrtausend trugen wir das Joch. Es kam die Bauernbefreiung. Aber sie brachte uns keine Erlösung aus der Knechtschaft. Wir wurden unseres Nutzungsrechtes an Wald und Wiese, Jagd und Fischerei beraubt. Weite Strecken des besten Bodens blieben Eigentum der Großgrundbesitzer, deren ganze Tat bis heute nur darin bestand, die hohen Pachten von uns zu erpressen, ein feudales Herrenleben zu führen und auf unseren Feldern zu jagen.

Neben der alten Herrenkaste ist eine neue entstanden: die Kapitalisten. Auch sie zehren an unserem Blut. Sie schließen sich in Kartells und Trusts zusammen, um uns hohe Preise zu diktieren. Spekulanten kaufen unsere Ernte im Herbst billig auf, um sie im Frühjahr zu doppelten Preisen wieder zu verkaufen. Die Eisenbahnen nehmen die Hälfte des Einkommens des amerikanischen Farmers mit ihren wucherischen Tarifen weg. Von allen Seiten werden wir betrogen, bewuchert, beraubt. Unter dem Joch der fremden kapitalistischen Räuber verelenden die breiten Bauernmassen der Kolonialvölker.

Hinter den Großgrundbesitzern und Kapitalisten steht stützend der bürgerliche Staat mit seinen Bürokraten, Gendarmen und Offizieren. Es ist eine mächtige Organisation gegen uns Sie zwingen unsere Söhne, die Kasernen zu füllen; sie führen Krieg um die Teilung der Beute: aber wir arbeitende Bauern finden dabei millionenweise den Tod. Sie haben während des Krieges ruhig und üppig gelebt, wir bluteten im Kriege, unsere Frauen, Kinder und Greise arbeiteten sich auf den Feldern halb zu Tode. Noch sind die früheren Wunden nicht geheilt und schon rüstet sich der goldlechzende Kapitalismus zu neuem Massenmord.

Brüder und Genossen! Die schaffende Bauernschaft beginnt endlich zu erwachen, sie beginnt einzusehen, daß sie ihr Schicksal nicht länger den Grundherren und Kapitalisten anvertrauen darf. In vielen Ländern hat sie versucht, sich in Parteien zu organisieren und nach der Staatsmacht zu greifen. Aber sie hat den richtigen Weg dazu nicht gefunden. Sie versuchte mit den Feinden, mit der Herrenklasse, zusammen zu regieren; aber die geriebenen Geschäftspolitiker der herrschenden Klasse haben die Führer der Bauern überlistet, korrumpiert, gekauft. Statt einer Waffe der schaffenden Bauern im Kampfe wurden die Bauernparteien auf diese Weise zu Werkzeugen der herrschenden Klassen. In Bulgarien, wo die Bauern versuchten, allein die Staatsmacht zu erobern, wurden sie von einer kleinen Verschwörerbande von früheren Offizieren und Herren überrumpelt, von der Macht vertrieben, niedergeschlagen, zu Tausenden in die Kerker geschleppt und hingemordet.

Weder mit den Herrenklassen zusammen noch allein auf sich gestellt, kann die Bauernschaft die Staatsmacht ausüben. Sie braucht hierzu einen ehrlichen städtischen Bundesgenossen, denn im modernen Staate bilden die Städte den Mittelpunkt der Macht: Wer die Stadt beherrscht, beherrscht das Land. Der schaffende Bauer aber lebt auf dem Dorfe, arbeitet zerstreut auf dem Felde. Der ehrliche städtische Verbündete — es ist die Arbeiterschaft, die von den Herrenklassen ebenso ausgebeutet wird wie die Bauernschaft. Allein ist jede von ihnen zu schwach, um den Kampf gegen die herrschende Klasse, gegen den bürgerlichen Staat siegreich aufnehmen zu können. Jedoch im Bündnis miteinander können sie gemeinsam den Sieg erringen.

Sturz der herrschenden Klasse! Aufrichtung der Arbeiter- und Bauernregierung! Das ist das unmittelbare Ziel. Die herrschenden Klassen haben bisher Bauern und Arbeiter mit Erfolg gegeneinander gehetzt. Sie predigen den Bauern, die Macht der Arbeiter bedeute Wegnahme des Bodens der Bauern, Aufteilung des Eigentums, Unterdrückung aller Freiheiten. Wir haben uns in dem Arbeiter- und Bauernstaat Rußland mit eigenen Augen davon überzeugt, daß dies Verleumdungen sind. Die Bauern Rußlands haben nicht nur ihren Boden behalten, sondern erhielten auch jenen der früheren Großgrundbesitzer. Sie erfreuen sich der vollen Freiheit. Ihr Eigentum wird geschützt, sie können ihre Produkte frei verkaufen. Sie verwalten ihre Dörfer durch ihre Räte selbst. Niemand stört sie in ihrem nationalen Gefühl oder in der Ausübung ihrer Religion. Von der Unterdrückung des Zaren, der Grundbesitzer und der Kapitalisten befreit, arbeiten sie sich im Verein mit den Arbeitern zu freien schaffenden Kulturmenschen empor. Ihrem Beispiel müssen wir folgen.

Um die Arbeit zu erleichtern, haben wir hier beschlossen, einen internationalen Rat der schaffenden Bauern zu gründen. Seine Aufgabe wird es sein, das Bündnis der Bauern und Arbeiter in der ganzen Welt zu fördern, den schaffenden Bauern mit Rat und Tat behilflich zu sein. Mit Vertrauen sollt Ihr Euch an ihn wenden!

Aber die große Arbeit müßt Ihr selbst leisten. Ihr müßt Euch befreien von der Bevormundung der herrschenden Klasse. Ihr müßt lernen, in den Arbeitern Eure Bundes- und Kampfgenossen zu sehen, Ihr müßt zusammen mit ihnen kämpfen, um die Macht der Herrenklasse niederzuschlagen, und die Regierung der Bauern und Arbeiter in der ganzen Welt zu errichten.

Hoch das Bündnis der arbeitenden Bauern und der Arbeiter! Hoch die Arbeiter- und Bauernregierung! Bauern und Arbeiter aller Länder vereinigt Euch!

An unsere Bezieher!

Durch die polizeiliche Schließung der Friedrichstadt-Druckerei, in der die „Internationale Presse-Korrespondenz" hergestellt wird, ist eine eintägige Verzögerung in der Belieferung unserer Leser eingetreten. Wir geben vorliegend eine um die Hälfte verstärkte Nummer heraus. Die nächste reguläre Ausgabe (Freitag, den 26. Oktober) wird nur einen Umfang von vier Seiten haben.

Redaktion der „Inprekorr".

An unsere Leser in Deutschland!

Für die am 20. Oktober beginnende Woche beträgt die Bezugsgebühr für die „Internationale Presse-Korrespondenz"

für die Wochenausgabe . . . . . 120 Millionen
für die 3mal wöchentlich erscheinende Ausgabe 150 Millionen

Wir bitten um sofortige Uebersendung dieser Beträge.

Die Geschäftsleitung der „Inprekorr".

Gedruckt in der Friedrichstadt-Druckerei, GmbH., Berlin SW. 48.